

# Stahl und Brennabor

Die Stadt Brandenburg  
im 19. und 20. Jahrhundert



Verlag für Berlin-Brandenburg



Bibliothek der Brandenburgischen und  
Preußischen Geschichte



# Stahl und Brennabor

Die Stadt Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert

Herausgegeben von

Gerd Heinrich

Klaus Heß

Winfried Schich

Wolfgang Schöbler

Im Auftrag der Stadt Brandenburg an der Havel

Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte

herausgegeben im Auftrag des Brandenburgischen Landeshauptarchivs und der  
Historischen Kommission zu Berlin

von Klaus Neitmann und Wolfgang Ribbe

Band 3

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Stahl und Brennabor** : Die Stadt Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert / hrsg. von Gerd Heinrich ... im Auftr. der Stadt Brandenburg an der Havel. – 1. Aufl. – Potsdam : Verl. für Berlin-Brandenburg, 1998

(Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte ; Bd. 3)

ISBN 3-932981-22-7



Diese Publikation wurde freundlich gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und die Ostdeutsche Sparkassenstiftung im Land Brandenburg gemeinsam mit der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam.

1. Auflage 1998

© Verlag für Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und Übersetzung, vorbehalten.

# INHALT

Vorwort der Herausgeber .....	9
-------------------------------	---

## **Einführung**

Die Kulturlandschaft im 19. und 20. Jahrhundert – von der vorindustriellen Stadt zum Standort der Großindustrie .....	13
<i>Winfried Schich</i>	

## **Stadtverwaltung und Infrastruktur**

Ein Jahrhundert königlich-preußische Stadtverwaltung (1806 - 1918) .....	41
<i>Klaus Heß</i>	

Republik und NS-Diktatur: Die Stadtverwaltung und der Stadtkreis in der Phase des Ausbaus der Stadt zum zweitgrößten Industrieort der Provinz Mark Brandenburg (1918 - 1945) .....	59
<i>Klaus Heß</i>	

### Das Verkehrswesen

Die Landstraßen .....	81
<i>Anke Richter</i>	

Die Wasserstraßen .....	85
<i>Ulrich Buchholz</i>	

Die Eisenbahn .....	91
<i>Jörg Schulze</i>	

Der innerstädtische öffentliche Personennahverkehr .....	97
<i>Helmut Respondek</i>	

Stadtplanung und Wohnungsbau (1871 - 1945) .....	103
<i>Harald Bodenschatz und Carsten Seifert</i>	

Bürgerquartier und Kasernen – Brandenburg als Garnisonstadt (1815 - 1945) .....	125
<i>Detlef Kotsch</i>	

Die Havelstadt im Zweiten Weltkrieg – Verschleiß und Zerstörung .....	141
<i>Frank Brekow</i>	

Besatzungszeit und SED-Herrschaft (1945 - 1989) ..... 149  
*Klaus Heß*

Garnison für drei Armeen (1945 - 1993) ..... 171  
*Detlef Kotsch*

### **Bevölkerung, Politik und Gesellschaft**

Bevölkerung und Arbeiteralltag ..... 181  
*Katharina Kreschel*

Parteien und Wahlen ..... 199  
*Karl-Heinz Röhring*

Bürgerwehren und Schützengilden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.  
Geselligkeit, Kommerz und politische Willensbildung ..... 213  
*Ralf Pröve*

Politische Verfolgung und Widerstand 1933 bis 1945

Widerstand in der Arbeiterbewegung ..... 219  
*Klaus Heß*

Kirchlicher Widerstand ..... 223  
*Ulrich Buchholz*

„Fluchbeladenes Wahrzeichen der Stadt“ – das Zuchthaus Brandenburg-Görden  
während der NS-Diktatur ..... 229  
*Matthias Helle*

Der 17. Juni 1953 ..... 241  
*Wolfgang Ribbe*

Opposition in der DDR-Zeit ..... 255  
*Kuno Pagel*

Entwicklung und Aufbau der evangelischen Amtskirche ..... 261  
*Wolfgang Schößler*

Die katholische Kirche ..... 285  
*Felix Escher*

Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde ..... 301  
*Irene Diekmann*

## **Kunst, Kultur und Bildung**

Die Schule als gesamtgesellschaftliche Aufgabe .....	315
<i>Frank Brekow</i>	
Die Ritterakademie zu Brandenburg – eine preußische Bildungsstätte .....	331
<i>Frank Brekow</i>	
Die mittelalterlichen Kirchen im 19. und 20. Jahrhundert – Denkmalpflege und Kunstsammlungen .....	337
<i>Andreas Cante</i>	
Bürgerliche Kultur: Vom Leben und Wirken Brandenburger Schriftsteller, Künstler und Komponisten .....	359
<i>Gisela Wall</i>	
Stadtgeschichtsschreibung im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts .....	369
<i>Wolfgang Kusior</i>	

## **Gewerbe und Industrie**

Die Wirtschaft der Stadt im industriellen Zeitalter .....	379
<i>Uwe Müller</i>	
Stahlstandort am Silokanal .....	419
<i>Sieglinde von Treskow und Wolfgang Sponholz</i>	
Fahrräder, Automobile und Traktoren .....	433
<i>Bernd Krause</i>	
Der „Blitz“ aus Brandenburg – die Opel-Werke .....	447
<i>Bernd Krause</i>	
Die Arado-Flugzeugwerke GmbH – größter Rüstungsbetrieb Brandenburgs .....	451
<i>Frank Brekow</i>	
Ritter und Soldaten – Aufstieg und Fall der Lineol-Werke Oskar Wiederholz .....	457
<i>Gerd Heinrich</i>	
Brandenburger Blechspielwaren – die Firmen und ihre Produkte .....	481
<i>Katharina Kreschel</i>	
Die Wiemann-Werft im Wechsel der Konjunkturen .....	511
<i>Peter Nohtnagel</i>	

Das Tuchgewerbe und die Textilindustrie .....	519
<i>Heike Köhler</i>	

Zur Geschichte der Brandenburger Sparkasse von der Gründung bis zur Gegenwart .....	537
<i>Marcus Alert, Siegfried Goosmann und Karl-Heinz Röhring</i>	

### **Gegenwart und Zukunft**

Der politische Umbruch 1989/90 und seine Folgen für Verwaltung und Industrie ...	547
<i>Eleonore Strobach</i>	

Die Gerichtsbarkeit – Oberlandesgericht, Arbeitsgericht und Amtsgericht seit der Wende .....	563
<i>Wolf Kahl</i>	

Von der Kürassierkaserne zur Fachhochschule Brandenburg .....	579
<i>Ann Brünink und Helmut Schmidt</i>	

Neue Strukturen – neue Zeiten: Investitionen, Perspektiven und mittelfristige Planungen .....	587
<i>Christina Frede</i>	

### **Epilog**

Kontinuitäten und Brüche im Rückblick auf zwei Jahrhunderte des Friedens und der Kriege .....	603
<i>Gerd Heinrich</i>	

### **Anhang**

Zeittafel .....	613
Einwohnerzahlen .....	620
Oberbürgermeister .....	622
Ehrenbürger .....	623
1000 Jahre Geschichte in Stichworten .....	624
Literaturverzeichnis .....	654
Personenregister .....	661
Abkürzungsverzeichnis .....	674
Abbildungsnachweis .....	675
Autorenverzeichnis .....	676

## Vorwort

Ein Jahrhundert neigt sich dem Ende zu und zugleich gedenkt Brandenburg an der Havel seiner mehr als tausendjährigen Vergangenheit. Die neue geschichtliche Darstellung für die Industrie- und Verwaltungsstadt während des 19. und 20. Jahrhunderts erscheint auf Anregung der Stadtverwaltung als Gemeinschaftsarbeit kundiger Autoren aus Brandenburg und seinem weiteren Umland. Herausgeber und Bearbeiter sind bemüht gewesen, neben den Grundzügen der allgemeinen Entwicklung die Vielfalt der bedeutsamen Erscheinungen, der Strukturen und auch der Einzelereignisse jeweils bis an die Schwelle der Gegenwart darzustellen. Denn die Besinnung auf die Vergangenheit kann auch Impulse für die Zukunft mit ihren gewiß nicht leichten Problemen vermitteln. Der Dank der Herausgeber gilt in erster Linie den Mitarbeitern, die trotz vielfältiger Verpflichtungen ihre Beiträge pünktlich eingereicht haben. Der Dank gilt weiterhin der Stadt und ihrem Oberbürgermeister, dem Land Brandenburg, der Ostdeutschen Sparkassenstiftung im Land Brandenburg und der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam, die die Vorbereitung und den Druck des Werkes gefördert haben. Zu danken ist aber auch den Archiven, Bibliotheken und Instituten in Berlin-Brandenburg, die in aller Regel in zuvorkommender Weise die Wünsche der Autoren zu erfüllen bemüht waren. Die Mitarbeiterinnen des hiesigen Stadtarchivs Frau Anke Richter und Frau Karla Stiller sowie Frau Doris Bulach (Humboldt-Universität) und Frau Christa Buder (Freie Universität) haben unser Werk vielfältig gefördert. Dem Berlin-Brandenburg-Verlag ist unser herzlicher Dank für die rasche und präzise Zusammenarbeit abzustatten.

Keine Zeit in der Geschichte der menschlichen Zivilisation ist eine geschichtslose Zeit. Nur der Grad der Kenntnisse, die Bereitschaft zur Geschichtslektüre und das historische Interesse sind von Jahrhundert zu Jahrhundert, aber auch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt unterschiedlich stark ausgeprägt. Möge dieser Band, das ist der Wunsch der Herausgeber, weiterhin, aber vor allem unter den brandenburgischen, den berlinischen und den postpreußischen Bewohnern und Mitbürgern viele aufmerksame, kundige und leidenschaftliche Leser finden.

Brandenburg a. d. H.,  
am 1. August 1998

Gerd Heinrich  
Winfried Schich

Klaus Heß  
Wolfgang Schößler



# Einführung



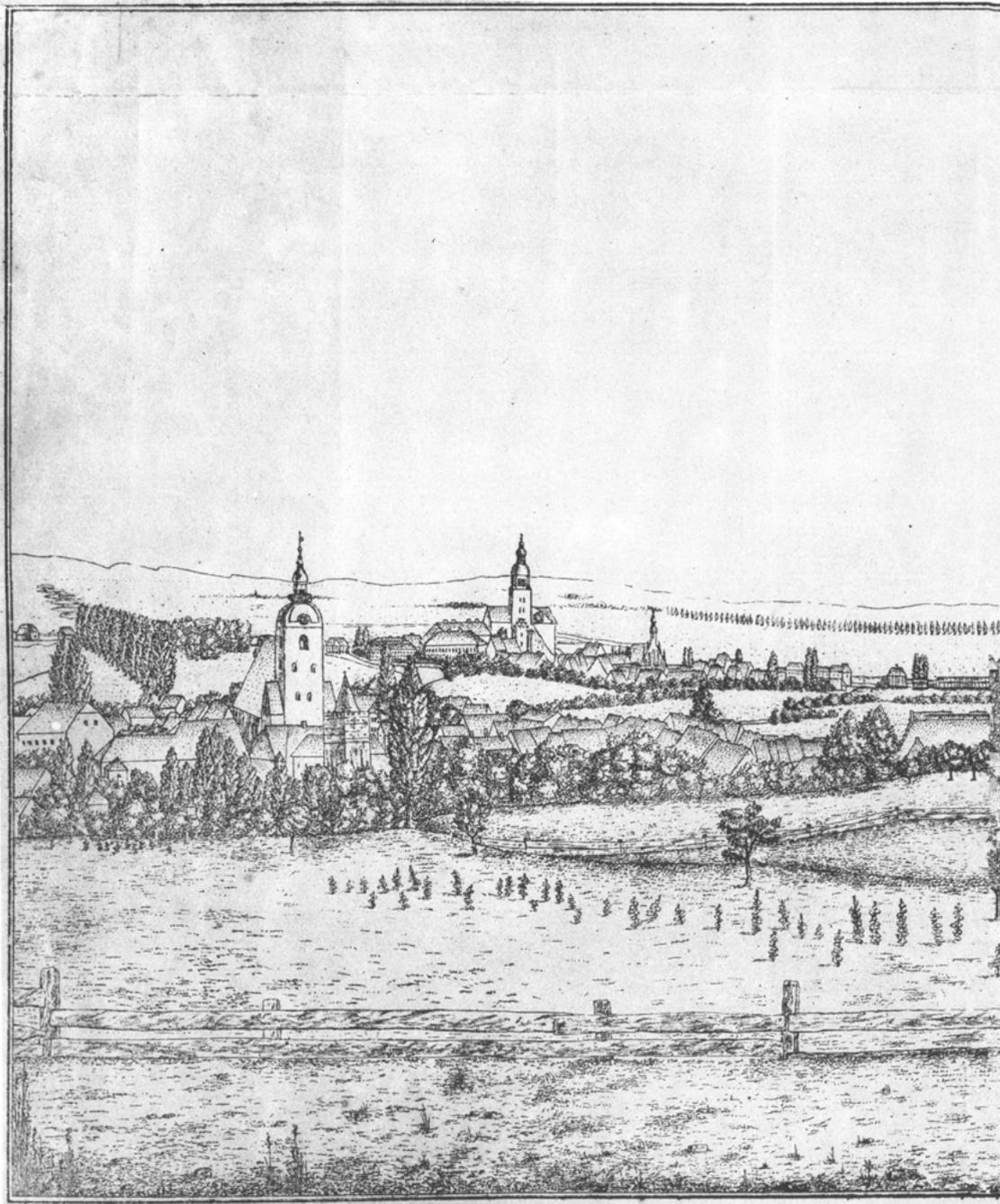
## Die Kulturlandschaft im 19. und 20. Jahrhundert – von der vorindustriellen Stadt zum Standort der Großindustrie

*Winfried Schich*

### *Die vorindustrielle Kulturlandschaft bis etwa 1840*

Will man die Kulturlandschaft im Raum von Brandenburg an der Havel in den Blick bekommen, so begibt man sich am besten zunächst auf den Marienberg. Dieser ragt mit einer Höhe von 68,6 m, nach dem Bau des erdbedeckten Wasserhochbehälters 1967 sogar mit einer solchen von knapp 79 m, etwa 40 m über das Niveau der Stadtfläche beiderseits der Havel hinaus.<sup>1</sup> Der Berg ist die natürliche Dominante in der weithin flachen Havellandschaft um Brandenburg. Wir betrachten zunächst den Berg selbst. Am Beginn des Zeitabschnitts, der im vorliegenden Band behandelt wird, bot seine Spitze ein Bild, das demjenigen in der Zeit glich, als Menschen ihn noch nicht gestaltet hatten. Die mittelalterliche Marienkirche, ein Hauptwerk spätromanischer Baukunst in der Mark, das die Doppelstadt etwa ein halbes Jahrtausend lang als eine Art „Stadtkrone“ überragt hatte,<sup>2</sup> war – trotz der Proteste von Domkapitel und Magistrat – 1722/23 auf Befehl des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. abgebrochen worden.<sup>3</sup> Die Steine wurden als Baumaterial benötigt, u.a. für Militärbauten in Potsdam, in Brandenburg selbst für das Palais des Obristen Jürgen Detlef von Massow,<sup>4</sup> des Kommandeurs des Königsregiments, der sogenannten Langen Kerls, und für dessen Vorwerk, die nördlich der Stadt gelegene Massowburg. Brandenburg war Garnisonstadt; für militärische Zwecke diente auch der Berg, der einen ausgezeichneten Überblick bot. Auf ihm wurde eine „Lärmkanone“ installiert, mit der auf die Desertion von Soldaten aus Brandenburg aufmerksam gemacht werden sollte. Sie gab den Bewohnern der umliegenden Dörfer das Signal zur Verfolgung der Entflohenen, die bei Erfolg belohnt wurde.<sup>5</sup> Die Höhe des Berges bot sich für die praktische Nutzung an. Einige Zeit später (1833) wurde dicht unterhalb der Bergspitze ein optischer Telegraf für die Strecke Berlin-Köln-Koblenz errichtet; er tat seinen Dienst bis 1850 und wurde 1862 abgebrochen.<sup>6</sup> Als Brandenburger „Stadtkrone“ wird man diese neuzeitlichen Einrichtungen kaum bezeichnen können. Der Berg wurde in diesem Zeitraum unter anderem deswegen nicht als Gestaltungsobjekt genutzt, weil die alte „Chur- und Hauptstadt“ Brandenburg erheblich an politischer und administrativer Bedeutung verloren hatte.

In Brandenburg vermißte man die Marienkirche. Sie war rasch abgerissen worden, schwand aber lange nicht aus dem Bewußtsein. „Die Gegend ist ihrer schönsten Zierde beraubt worden“ – so Johann Gustav Büsching im Bericht über seine Reise im Jahre 1817.<sup>7</sup> Es ist charakteristisch, daß die Kirche noch bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts auf Stadtabbildungen dargestellt wurde,<sup>8</sup> bevor diese dann mit dem kahlen Berg eine realistische Sicht boten.<sup>9</sup> Noch 1840, mehr als 100 Jahre nach dem Abriß, bedauerte Moritz Wilhelm Heffter in seiner „Geschichte der Chur- und Hauptstadt Brandenburg“ lebhaft den Verlust der Kirche: „Seitdem steht unser Marienberg kahl und verwaist, sehlichst harrend eines edlen Gönners, der



*A. Eisfeld del.*  
Blick auf Brandenburg, 1818, A. Eisfeld



ihn wieder mit einem vaterländischen Denkmale ziere.“<sup>10</sup> Im Jahr der Veröffentlichung von Heffters Werk bestieg Friedrich Wilhelm IV., der „königliche Baukünstler“, den Thron.<sup>11</sup> Er hatte neben den bekannten, realisierten Bauten in der Berlin-Potsdamer Residenzlandschaft weitere Pläne; zu diesen gehörte auch eine Rekonstruktion der Marienkirche auf dem Berg bei Brandenburg.<sup>12</sup> Wie so viele Pläne des romantischen Monarchen kam auch dieser nicht zur Ausführung.

Erst das erneuerte deutsche Kaiserreich bot in Brandenburg wie an zahlreichen anderen Orten Deutschlands auf der Grundlage des nationalen Überschwangs und des großen wirtschaftlichen Aufschwungs die Voraussetzungen für eine Besetzung des herausragenden Berges mit einem symbolträchtigen Bauwerk. Der Marienberg wurde 1874 mit einem Kriegerdenkmal in Form eines Aussichtsturmes als „nationaler Kultort“ gestaltet.<sup>13</sup> Der Kronprinz weihte 1880 das zentrale Denkmal der Kurmark für die in den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71 gefallenen Soldaten offiziell ein. Brandenburg erhielt damit eine neue „Stadtkrone“, die gleichzeitig die Funktion hatte, dem Betrachter die Aussicht über die umgebende Landschaft zu erleichtern. Diese Aussichtsfunktion des Marienberges blieb ein Bestandteil auch der Industriestadt Brandenburg, zuletzt mit der 1974 errichteten Friedenswarte.

Die neue Stadtkrone von 1874 stand am Beginn einer stürmischen Entwicklung, in der an die Stelle der alten Titel-„Hauptstadt“ Brandenburg die moderne Industriestadt von nationaler Bedeutung trat. Nach 1880 erlebte Brandenburg seine bisher größte neuzeitliche Wachstumsphase. Die Jahre von 1880 bis 1895 brachten mit fast 30 % (von 29 066 auf 37 607 Einwohner) den bis dahin größten Bevölkerungsanstieg innerhalb eines 15jährigen Zeitabschnitts.<sup>14</sup>

Bevor wir uns diesem Zeitraum zuwenden, soll das Jahrhundert vor der Reichsgründung betrachtet werden, in dem sich Brandenburg nur allmählich über seine mittelalterlichen Grenzen hinaus entwickelte. Eine vom Marienberg aus gezeichnete Ansicht von etwa 1818 zeigt im wesentlichen noch die strukturell mittelalterliche Stadt mit ihren drei Hauptteilen: links die Altstadt mit der Gotthardtkirche, rechts die Neustadt mit der Katharinenkirche und in der Mitte im Hintergrund die Dominsel mit dem Dom.<sup>15</sup> Moritz Wilhelm Heffter weitete 1840 bei seiner Beschreibung der Landschaft vom Marienberg aus seinen Blick über die Stadt hinaus: „Dieser Blick auf das alte ehrenwerthe Brandenburg, auf die Menge naher Dörfer und Vorwerke, auf die Hügel und Berge, auf die mannichfachen Baumgruppen und Alleen, auf die mit Schiffen und Segeln fast immer belebte Havel, auf die Spiegel der vielen Seen, auf die mit Pappeln besetzte, weit sich hinstreckende Kunststraße ist eine Aussicht, wie man sie selten genießt, wie man sie in der Mark nicht erwartet.“<sup>16</sup> Heffter erblickte eine Siedlungslandschaft, deren Grundgefüge in das Mittelalter zurückreichte: die beiden, seit 1715 vereinigten Städte Brandenburg, die Dominsel, die Dörfer und Vorwerke in der Umgebung. Im 16. Jahrhundert waren die beiden Städte in eine Phase der Stagnation getreten, im 30jährigen Krieg durch erhebliche Zerstörung sogar weit zurückgeworfen worden. Die vereinigte Stadt erreichte erst um 1800 – mit ca. 12 000 Einwohnern einschließlich der etwa 2 000 Personen umfassenden Garnison – die Einwohnerzahl von 1625.<sup>17</sup> Das 18. Jahrhundert hatte keine Stadterweiterung, sondern eine behutsame barocke Erneuerung des Stadtkerns auf dem mittelalterlichen Grundriß gebracht, der in Teilen die Stadt bis in die Gegenwart prägt.<sup>18</sup> Um 1800 bildete die mittelalterliche Stadtmauer immer noch die Grenze der

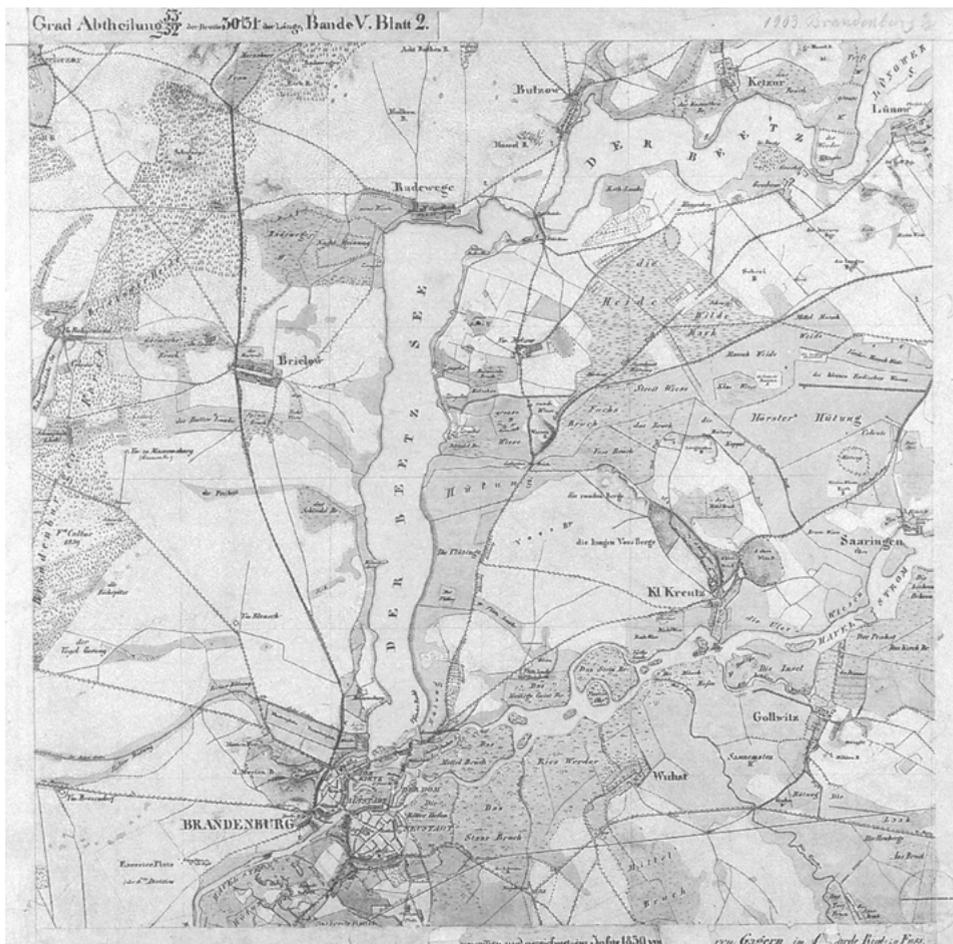
dichten städtischen Bebauung. Außerhalb der Mauer fanden sich nur geringe Ansätze für eine Ausweitung der Besiedlung.

Vor der Neustadt stand schon seit dem 14. Jahrhundert das Jakobsspital mit der Jakobskapelle, ursprünglich an einem Verkehrskreuz, das durch die von Südwesten kommende Hauptstraße einerseits und den Jakobsgraben andererseits gebildet wurde.<sup>19</sup> Der Jakobsgraben hatte im Mittelalter als Schiffsgraben gedient, mit dem man den Mühlenstau der Havel beiderseits der Dominsel umging, bevor in der Mitte des 16. Jahrhunderts der Stadtgraben zum Schleusengraben ausgebaut wurde. Seitdem bildete der Jakobsgraben eine Art Außengrenze der Neustadt. Neben der Kapelle hatte die Stadt ihren Bauhof errichtet.<sup>20</sup> In der Nähe war um 1740 der neue neustädtische Friedhof angelegt worden. Ihm folgte wenige Jahre später (1747) der jüdische Friedhof in der Schützenstraße, die zum Schützenhaus auf der Schützenwirth führte.<sup>21</sup> Der Raum zwischen Stadtgraben bzw. „Schiffahrt“ und Jakobsgraben bot sich neben der Anlage von Gärten und Scheunen für den Bau erster vorstädtischer Häuser der Neustadt an.

Auf der anderen Seite befanden sich um 1800 vor dem Rathenower und Plauer Tor Scheunen und einige Vorstadthäuser, am Fuß des Marienbergs Weingärtnerhäuser, am Westufer des Beetzsees das altstädtische Schützenhaus und die genannte Massowburg. Ein Teil des Geländes vor dem Rathenower Tor, die sogenannte Musterwiese, diente seit 1718 der Brandenburger Garnison als Exerzierplatz.<sup>22</sup> Die Soldaten selbst waren noch innerhalb der Stadt untergebracht. Ein Großteil war in Bürgerhäusern einquartiert. 1773 bis 1775 wurde an der Stelle des einstigen Franziskanerklosters, also am inneren Rand der Altstadt nahe dem Plauer Tor, eine Kaserne als erster größerer Militärbau errichtet.<sup>23</sup> Erst etwa 100 Jahre später rückte das Militär mit seinen Bauten vor das Plauer Tor hinaus und nahm einen beträchtlichen Teil der Landschaft um Brandenburg in Anspruch. Zunächst wurde 1790 eine andere staatliche Anstalt mit überlokalen Funktionen dicht vor dem Plauer Tor errichtet: die Landarmenanstalt, die dann seit 1820 lange Zeit als Gefängnis diente.<sup>24</sup> Am Plauer Tor lagen um 1800 gewissermaßen die Anfänge von Brandenburg als Militär- und Gefängnisstandort.

Im neuen Jahrhundert begann Brandenburg, sich allmählich über seine mittelalterlichen Befestigungsanlagen hinaus in die Umgebung zu öffnen. Während noch um 1800 die Altstadt „mit einer guten Mauer, Graben und Wällen“ und vier Toren, ebenso die Neustadt mit Mauer und vier Toren geschildert wird,<sup>25</sup> setzte nach Aufhebung der Akzise (1820) der Abriß der Mauern ein, die schon längst nicht mehr der Verteidigung dienten, sondern den städtischen Akzisebezirk begrenzten und Desertionen von Soldaten verhindern sollten. Die Beseitigung eines Teils der Befestigungsanlagen in Brandenburg fällt damit in die „Hauptentfestigungswelle“ deutscher Städte, die sich von 1790 bis 1825 erstreckte.<sup>26</sup> An der Stelle der ehemaligen Befestigungen wurden in Brandenburg wie in anderen Städten Promenaden und Parks angelegt, die die Bürger in ihrer Freizeit nutzten. So entstanden ab 1824 die Wall- und ab 1836 die Grabenpromenade, in den 1840er Jahren folgten die Johannis- und die Annenpromenade.<sup>27</sup>

Außerhalb der Stadt sah Heffter um 1840 Dörfer und Vorwerke. Diese Siedlungen bestanden bereits im Mittelalter und bestehen auch heute noch. Man erkennt ihre ältere Situation



Urmeßtischblatt von 1839, Blatt 1903 Stadt Brandenburg

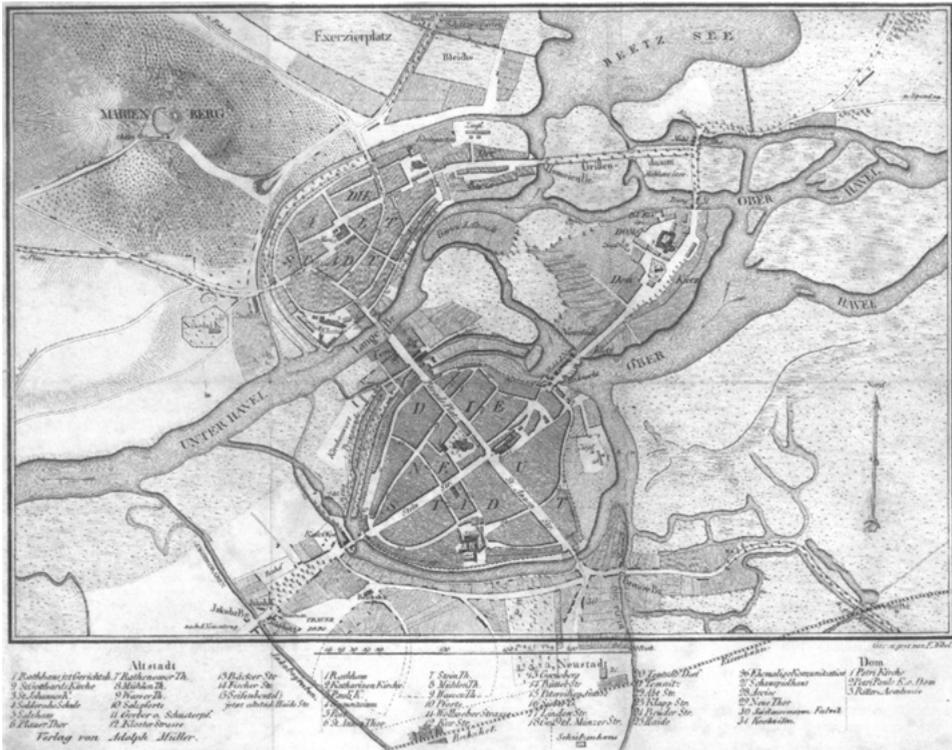
gut auf den ersten genau gezeichneten Karten, den Ur-Meßtischblättern, die für Brandenburgs Umgebung in derselben Zeit, um 1840, erschienen sind wie Heffters Geschichte Brandenburgs.<sup>28</sup> Auf ihnen findet man die Dörfer Klein Kreuz, Saaringen, Schmerzke, Götting, Wilhelmsdorf, Mahlenzien, Neuendorf, Möser und die Stadt Plaue, die heute sämtlich zur kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel gehören.<sup>29</sup> Mit der Ausnahme des erst im 18. Jahrhundert angelegten Wilhelmsdorf reichen diese Orte bis in das Mittelalter zurück. Im Raum zwischen ihnen und Brandenburg befindet sich eine Reihe von Vorwerken und Kolonien, von denen die Mehrzahl auf den Gemarkungen mittelalterlicher Dörfer entstanden war. Die beiden Städte hatten im Mittelalter ihre Gemarkung durch Erwerb von Dörfern, die dann aufgegeben wurden, oder von Feldmarken, die bereits wüst waren, erweitert. Dies gilt für Luckenberg (1295), von dem sich bis heute die Nikolaikirche erhalten hat, ferner für Görden (1336), Krakau (1319), Steinau (1319), Schmöllen (1388), Görigräben (1396), Wendgräben (1438) und schließlich Duster-Reckahn (1454).<sup>30</sup> In die Feldflur des neuen altstädtischen Kämmereidorfes Neuendorf war das 1249 von der Altstadt erworbene und

aufgelassene Dorf Blossendorf einbezogen worden.<sup>31</sup> Ein Teil der früher dörflichen Gemarkungen wurde von der Stadt aus als Äcker genutzt, über einen anderen Teil von wüsten Dörfern und Feldmarken erstreckten sich die Altstädtische und die Neustädtische Heide. Zusätzlich hatten beide Städte Brandenburg eine große Zahl von Gewässern erworben.<sup>32</sup> So war eine ungewöhnlich ausgedehnte städtische Gemarkung entstanden. Die Gemarkung der Stadt Brandenburg mit ihren weiten Wald- und Wasserflächen gehörte zu den größten in Preußen. Brandenburg stand 1880, zu Beginn des großen industriellen Aufschwungs, mit seinen 7 807,21 ha Gesamtfläche an der Spitze aller Stadtgebiete in Preußen, gefolgt von Frankfurt a.M., Mühlhausen in Thüringen und Halberstadt; erst auf dem 5. Platz folgte Berlin (mit 6 061,20 ha).<sup>33</sup> Nachdem andere Städte durch größere Eingemeindungen erweitert worden waren, fiel Brandenburg bis 1905 – nach Köln und Frankfurt – auf den 3. Platz zurück, blieb aber bis zur Bildung von Groß-Berlin im Jahre 1920 immer noch deutlich vor Berlin. Die Brandenburger Gemarkung bot in der Zeit der Industrialisierung und Urbanisierung ausreichend Gelände für die Neuansiedlung von Industriebetrieben, auch von Großunternehmen, für den Bau neuer Wohnanlagen und moderner kommunaler Einrichtungen.

Die erwähnten beiden Heiden und das sich zwischen ihnen erstreckende Seengebiet begrenzten das Stadtgebiet in nordwestlicher, westlicher und südwestlicher Richtung. Die Stadt schützte und pflegte die Wälder, die an Fläche die Grünanlagen weit übertrafen.<sup>34</sup> Trotz der gewaltigen Schulden, die Brandenburg nach den napoleonischen Kriegen drückten, kam eine Veräußerung der Heiden für den Magistrat offenbar nicht in Betracht.<sup>35</sup> Sobald der Stadthaushalt wieder genügend Spielraum ließ, wurden sie seit etwa 1840, zunächst unter dem rührigen Oberbürgermeister Ziegler, durch Einteilung in Jagen und geregelte Anpflanzungen neu gestaltet, d.h. im Verständnis der Zeit: verbessert.<sup>36</sup> Die Alt- und die Neustädtische Heide sollten für die Erholung der Brandenburger Bevölkerung seit dem späten 19. Jahrhundert eine große Bedeutung gewinnen. Erste Ansätze finden sich bereits vor 1840. Der Schornsteinfegermeister und Stadtverordnete Johann Gottfried Bröse, der maßgeblichen Anteil an der gärtnerischen Gestaltung der unmittelbaren Umgebung der Stadt hatte, sorgte ab 1825 auch für die Anlage des Krugparks beim Neuen Krug am Rand der Neustädtischen Heide und für die Bepflanzung des Weges von der Stadt entlang der alten Fernstraße zu dem etwa fünf Kilometer entfernten Krug.<sup>37</sup> Durch die Alt- und Neustädtische Heide führten die beiden Straßen, die seit dem Mittelalter Brandenburg aus westlicher Richtung erreichten.<sup>38</sup> Sie bildeten die wichtigsten Achsen für die weitere Stadtentwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert.

Ein zur Zeit Heffters vergleichsweise junges Kulturlandschaftselement war die von ihm erwähnte „Kunststraße“. Es handelte sich um die befestigte Straße, die von Brandenburg zuerst (1805) in östlicher Richtung nach Potsdam-Berlin angelegt wurde. Der Bau der Fortsetzung in westlicher Richtung nach Magdeburg wurde durch die napoleonischen Kriege unterbrochen und erst in den Jahren von 1817 bis 1823 fertiggestellt.<sup>39</sup> Seit dieser Zeit war Brandenburg durch eine moderne Chaussee auf der einen Seite mit Potsdam und der aufstrebenden Hauptstadt Berlin und auf der anderen mit dem alten Wirtschaftszentrum Magdeburg an der mittleren Elbe verbunden.

Insgesamt hat sich Brandenburg bis 1840 oder in der „Übergangsphase“ zur Urbanisierung in Preußen nur wenig über seine mittelalterliche Ausdehnung hinaus entwickelt. Die



Brandenburg mit neuem Eisenbahnanschluß, 1850

Wachstumsrate der Bevölkerung lag im Zeitraum 1815 bis 1840 etwa im Durchschnitt der preußischen Städte.<sup>40</sup> Dies gilt auch noch für die Folgezeit bis 1871,<sup>41</sup> bevor sie dann in der „eigentlichen Phase der Urbanisierung“ von 1871 bis 1914 auf deutlich höhere Werte anstieg.<sup>42</sup>

### Industrialisierung und Urbanisierung bis zum Ersten Weltkrieg

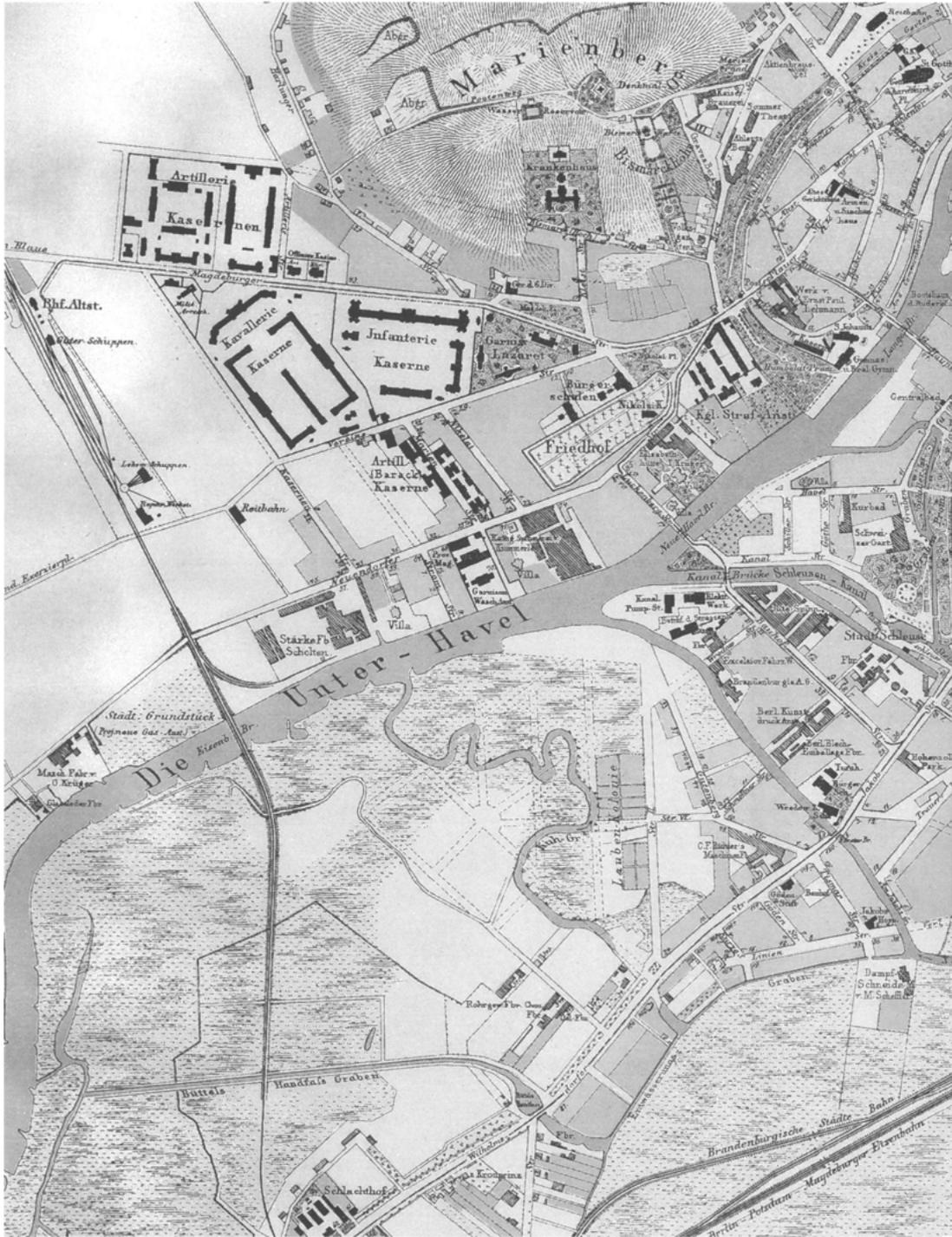
In Heffters Zeit fiel die Entwicklung eines neuen Verkehrssystems, der Eisenbahn; sie erreichte Brandenburg im Jahre 1846.<sup>43</sup> Die Strecke der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn wurde auf der Südseite der Havel und des Seengebietes zwischen Brandenburg und Plaue und damit auch südlich der Stadt gebaut. Der Magistrat unterstützte den Bahnanschluß, indem er für den Bau u.a. je 200 Eichen und Kiefern aus den Stadtförsten kostenlos zur Verfügung stellte.<sup>44</sup> Das einerseits vom Schloßherrn abhängige, andererseits vom Fernstraßenverkehr auf der Magdeburger Straße profitierende Städtchen Plaue lehnte dagegen die Anbindung an die Bahnlinie ausdrücklich ab. Der Brandenburger Bahnhof wurde südlich der Neustadt, am Südrand des locker bebauten Gebietes im Umkreis des neustädtischen Friedhofes, errichtet.<sup>45</sup> Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts war Brandenburg damit über drei Arten von Verkehrswegen mit den beiden Oberzentren Berlin und Magdeburg



*Brandenburg, 1880*

verbunden. Der Wasserweg der Havel war alt, die Havel zielte allerdings auf die untere Elbe und damit nach Hamburg; eine Verkürzung der Verbindung nach Magdeburg war 1743 bis 1745 mit dem Plauer Kanal (über Genthin) geschaffen worden.<sup>46</sup> Die Gunst der Verkehrslage sollte für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung Brandenburgs eine große Rolle spielen. Seit den 1850er Jahren wurden die Landverbindungen von Brandenburg auch in andere Richtungen verbessert; in dieser Zeit entstanden die Chausseen nach Rathenow, Belzig, Ziesar, Nauen und Ketzin.<sup>47</sup>

Die Wirtschaft der Stadt war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer noch von der Landwirtschaft und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sowie vor allem von der Tuchmacherei geprägt. Die Tuchmacherei geriet ab 1866 in eine schwere Krise. Die verstärkte Industrialisierung nach der Reichsgründung ging mit einem Strukturwandel von der Tuchmacherstadt zum Zentrum der Metallverarbeitung einher. Die neuen Fabriken brauchten Platz und orientierten sich zunächst auf den Raum zwischen der Neustadt und dem Bahnhof. Es entstand die sogenannte Bahnhofsvorstadt mit ihrer charakteristischen Mischung aus Industriebetrieben und Arbeiterwohnhäusern. Den Anfang machten 1874 die Fabrikbauten der Brüder Reichstein, seit 1892 Brennabor-Werke genannt, die Brandenburg als Industriestadt zuerst weit bekannt gemacht haben. Mit der Bahnhofsvorstadt entstand in Brandenburg die erste größere Stadterweiterung seit dem Mittelalter. Es folgten bis zum Ersten Weltkrieg ihre Erweiterung in Richtung Nordwesten bis zur Havel, die „Wilhelmsdorfer Vorstadt“ beiderseits der Wilhelmsdorfer Straße als der Hauptausfallstraße der Neustadt und jenseits der Havel auf der Altstädter Seite die „Neuendorfer Vorstadt“, jeweils mit Fabrik- und Wohnbauten; das Ufer der Niederen Havel war wegen des Wasser-



Plan von Brandenburg an der Havel. Bearbeitet von C. Holzhauser. Stand von 1905



**PLAN**  
 von  
**BRANDENBURG**  
 an der Havel  
 Bearbeitet  
 von  
**C. Holzhauer.**  
 Verlag: Rud. Koch's Hofbuchhandlung.  
 (6. Trube)

**Erläuterungen.**

Am rechten Havelufer Die Altstadt,  
 „ linken „ Die Neustadt,  
 Oestl. der Alt- u. nördl. der Neust. Der Dom.

	Kirchen, Staats- u. Communal- Gebäude.		Chaussee.
	Fabriken, Concert-Lokale u. s. w.		Dämme, Boscungen.
	Unbewohnte Gebäude (Schuppen, Scheunen u. s. w.).		Wege
	Bebaute Flächen.		Bebauungsplan.
	Eisenbahn.		Mauer.
	Strassenbahn.		Zäune (Bretter-Latten).
	Bäume.		
	Parkanlagen.		
	Wiesen.		

anschlusses ein bevorzugter Standort für Fabriken. Vor den übrigen Toren entwickelten sich nur kleine Vorstadtsiedlungen.<sup>48</sup>

In der Zeit der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte auch das Militär in Brandenburg einen großen Flächenbedarf. Zuerst wurde 1863/64 an der Magdeburger Landstraße das Garnisonlazarett errichtet. Im westlichen Anschluß daran entstand nach dem deutsch-französischen Krieg und der Reichsgründung seit 1877 die sogenannte „Kasernenstadt“.<sup>49</sup> Bis 1916 wurden beiderseits der Magdeburger Straße, der von der Altstadt ausgehenden Hauptfernstraße, Kürassier-, Infanterie- und Artilleriekasernen errichtet. Hinzu kamen im Stadtgebiet der große Exerzierplatz zwischen dem Kasernengelände und Neuendorf mit Schießständen, die Militärschwimmanstalt am Beetzsee, in der Altstädtischen Heide der Schießplatz nördlich der Kolonie Görden und schließlich am Westrand der Heide der Fliegerhorst Briest.

Der im Süden und Westen an den vorindustriellen Stadtkern anschließende breite Halbkreis der Bebauung des Industriezeitalters, etwa zwischen Potsdamer und Magdeburger Straße, fand – in einigem Abstand – seine äußere Begrenzung in der Berlin-Magdeburger Bahn und in der Brandenburgischen Städtebahn, die seit 1904 über die altstädtische Gemarkung führte und Brandenburg in südlicher und nördlicher Richtung mit den Städten von Treuenbrietzen bis Neustadt/Dosse verband.<sup>50</sup> Diese Bahn sollte für die Industrieansiedlung im Brandenburger Stadtgebiet bald eine große Bedeutung gewinnen.

Die Ostseite der Stadt blieb dagegen von der modernen Entwicklung ausgeschlossen und verhartete weitgehend in den alten Strukturen. Im Osten und Südosten erstreckte sich die weite siedlungsfeindliche Niederung von Havel und Plane mit dem Breiten Bruch. Der Nordostteil der Gemarkung, der im Gegensatz dazu guten Baugrund bot, war durch die Dominsel, die einen eigenen Guts- und Gemeindebezirk bildete, vom Stadtgebiet getrennt.

Die zunehmende Industrialisierung und der Ausbau der Stadt waren mit einer Verbesserung der städtischen Infrastruktur verbunden.<sup>51</sup> 1862 wurde die erste Gasanstalt in der Bahnhofsvorstadt eröffnet.<sup>52</sup> Eine besondere Bedeutung für die Modernisierung der Infrastruktur hatte die Amtszeit des Stadtbaurates Albert Krzyzagorski (1889 - 1907).<sup>53</sup> Unter ihm wurde 1889 bis 1890, zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse in der dicht bebauten Stadt, der städtische Schlachthof weit außerhalb an der Wilhelmsdorfer Landstraße gebaut.<sup>54</sup> Er bildete künftig den Ansatzpunkt für die Errichtung von zusätzlichen Gewerbeanlagen und mit diesen zusammen das erste Ziel für die weitere Bebauung entlang der alten Ausfallstraße nach Ziesar.

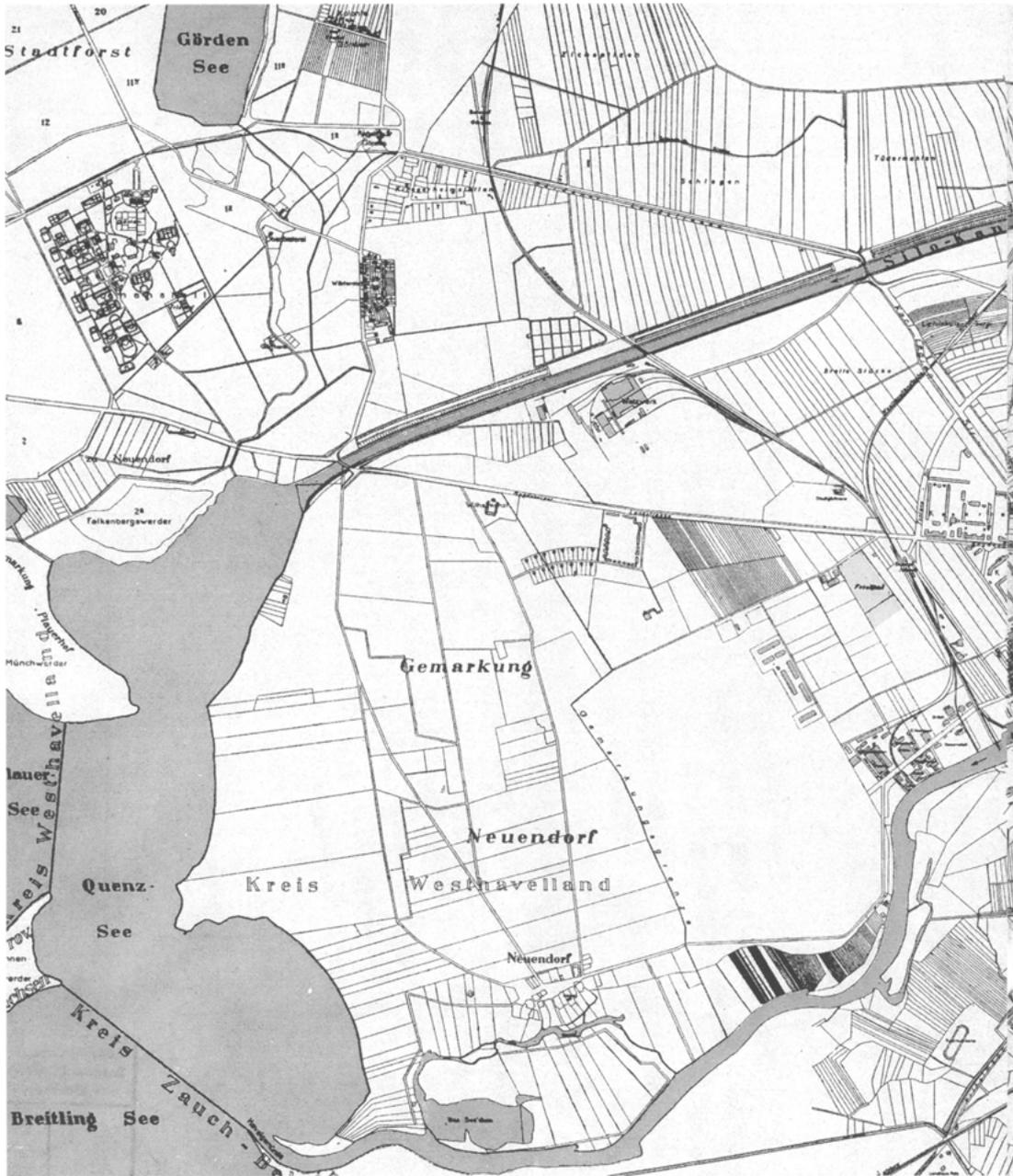
In größerem Umfang wurde das Stadtgebiet für die Wasserver- und -entsorgung der wachsenden Stadt genutzt. Das städtische Wasserwerk wurde 1893 bis 1895 inmitten der Altstädtischen Heide bei dem Vorwerk Kaltenhausen errichtet, zusammen mit einem Wasserhochbehälter auf dem Marienberg.<sup>55</sup> Für die anschließend, 1897 bis 1901, gebaute Kanalisation nutzte man das andere große städtische Waldgebiet, die Neustädtische Heide. Das Gut Wendgräben wurde als Rieselfut für die in der Nachbarschaft im Wald angelegten Rieselfelder eingerichtet.<sup>56</sup> 1967 erhielt die während der DDR-Zeit weiter ausgebauten Industriestadt zusammen mit einem neuen Hochbehälter auf dem Marienberg ein neues Was-

serwerk im Wald dicht beim Dorf Mahlenzien, das erst 1993 in Brandenburg eingemeindet wurde.

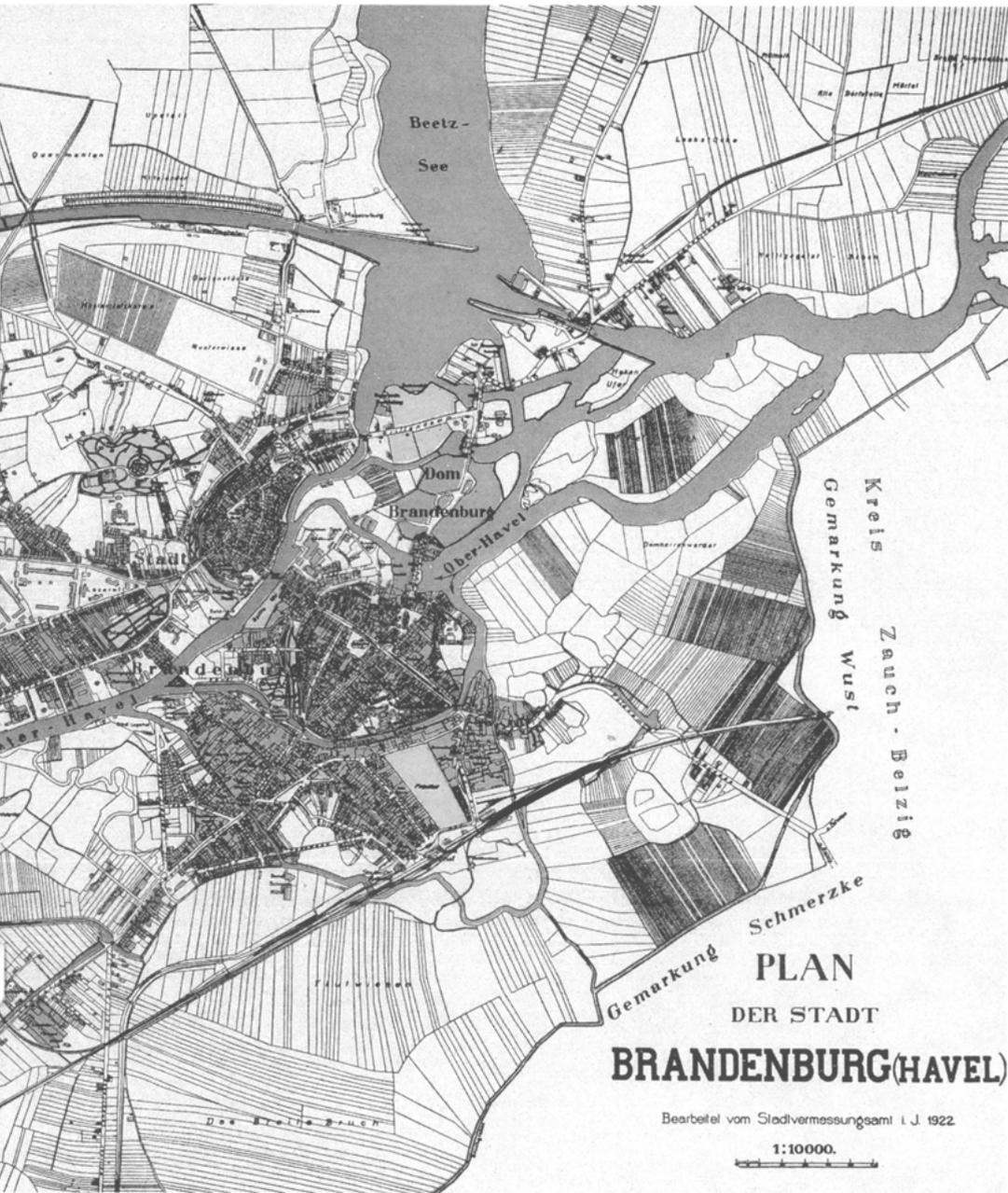
Schließlich wurden auch die Verkehrsverhältnisse in der sich vergrößernden Stadt verbessert.<sup>57</sup> Seit 1897 gab es in Brandenburg eine private Pferdebahn.<sup>58</sup> 1910 erwarb die Stadt die Bahn, elektrifizierte sie und baute sie bis 1911 aus. Die Straßenbahn war in dieser Zeit hier wie in den übrigen deutschen Groß- und Mittelstädten das wichtigste Nahverkehrsmittel.<sup>59</sup> In Brandenburg fuhr sie von der Neustadt aus bis zum Schlachthof, in der anderen Richtung vom Hauptbahnhof durch Neu- und Altstadt zu den seit 1877 errichteten Kasernen und zum 1904 eröffneten Altstädter Bahnhof.<sup>60</sup> Sie wurde 1911 bis 1912 nach Görden verlängert und als elektrische Kleinbahn bis Plauë geführt. 1904 war ein wichtiges Jahr für die Verkehrserschließung des weiteren Umlandes. Die Brandenburgische Städtebahn wurde bereits erwähnt. Im heutigen Stadtgebiet erhielt sie die Bahnhöfe Neustadt, Altstadt und Görden sowie die Haltepunkte Götting und Bohnenland. Das Dorf Möser bekam im selben Jahr eine neue Haltestelle (Gränert) der Berlin-Magdeburger Eisenbahn.<sup>61</sup> Ebenfalls seit 1904 erreichte man mit der Westhavelländischen Kreisbahn, die vom Altstädter Bahnhof nach Roskow geführt wurde, die Dörfer an der Westseite des Beetzsees, schon seit 1901 vom Bahnhof Krakauer Tor die nordöstlich von Brandenburg gelegenen Dörfer.<sup>62</sup> Die Nahverkehrsverbindungen bildeten die Grundlage für die zunehmende Verflechtung des Umlandes mit der aufblühenden Industriestadt.

In der Zeit der verstärkten Industrialisierung erhielt für Brandenburg die Umgebung eine steigende Bedeutung als Einzugsgebiet für Pendler wie als Erholungsgebiet für die Bewohner der Stadt. Mit der enormen Zunahme der Bevölkerung und der Verdichtung der Bebauung im alten Stadtkern ebenso wie in den neuen „Vorstädten“, mit dem Nebeneinander von Arbeitsstätten und engen Wohnungen, bestand ein erhöhter Bedarf an Erholung in der Freizeit. Dafür wurden seit dem späten 19. Jahrhundert zunehmend die Wald- und Wassergebiete in der Umgebung genutzt. Schon früher standen die Promenaden, Parks und Lokale am Stadtrand zur Verfügung, vor allem der Marienberg mit seinen Kaffeegärten. Der Marienberg, dessen gärtnerische Gestaltung bereits vor 1850 begonnen worden war, blieb auch in der Folgezeit das beliebteste Naherholungsgebiet der Brandenburger. Seit den 1860er Jahren kamen neue Kaffee- und Bierhäuser mit Gärten und das Sommertheater (bis 1910) hinzu, nach Otto Tschirch das „beste Sommertheater Deutschlands“.<sup>63</sup> Schließlich wurde der Marienberg 1907 zum Volkspark ausgebaut und erhielt neben dem Kriegerdenkmal 1908 eine Bismarckwarte als zusätzlichen Aussichtsturm.<sup>64</sup> Der Berg geriet durch die Ausweitung der städtischen Bebauung im 20. Jahrhundert von einer Rand- zunehmend in eine Mittellage. Er bot sich als Standort für weitere öffentliche Einrichtungen an. 1901 wurden an seinem Südhang das städtische und 1927 das katholische Krankenhaus eröffnet, 1923 bis 1928 am Nordhang der neue städtische Friedhof mit Krematorium, schließlich 1969 ein Freibad und 1974/75 der neue Kulturpark angelegt.<sup>65</sup>

Wichtige Ausflugsziele lagen in den genannten Forsten. Im Anschluß an die Kolonie Bohnenland und an das Forsthaus Görden in der Altstädtischen Heide entstanden beliebte Ausflugsastätten,<sup>66</sup> die seit Anfang des 20. Jahrhunderts auch mit der Städte- bzw. Straßenbahn zu erreichen waren. Eine wichtige Ausflugsachse bildete sich von der Wilhelmsdorfer Vorstadt zur Neustädtischen Heide heraus. Am Eingang in die Heide war



Brandenburg, 1922





*Die Luftaufnahme zeigt die Neustadt in ihrer Erweiterung nach Süden, 1920*

in den 1750er Jahren die Kolonie Neudorf angelegt worden; wegen der Gefahr der Verwechslung mit dem gegenüberliegenden alten Dorf Neuendorf erhielt sie 1824 den Namen Wilhelmsdorf.<sup>67</sup> Am Anfang der Siedlung befand sich an der Fernstraße nach Ziesar und Belzig der Neue Krug und in seiner Nachbarschaft seit 1825 der Krugpark.<sup>68</sup> 1899 kam an der Wilhelmsdorfer Landstraße mit dem Sportpark, im Anschluß an einen schon 1859 vorhandenen Turnplatz vor der Plane-Brücke, ein neues, näher gelegenes Ziel hinzu.<sup>69</sup> Hier konnten die Brandenburger Sport treiben oder sich bei Kaffee und Bier erholen. Im Sportpark befanden sich eine Radrennbahn, ein Sporthafen, Turn-, Tennis- und Ballspielplätze, der in dieser Zeit beinahe unentbehrliche Aussichtsturm und ein Gesellschaftshaus. Bis dieses 1913 niederbrannte, war der Sportpark ein Zentrum des Brandenburger Freizeitvergnügens, vor allem des bürgerlichen Brandenburg. An den einstigen Sportpark erinnert in der heutigen Siedlungslandschaft nur noch das Hafenbecken. Die organisierten Arbeiter gingen in der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg bereits eigene Wege. 1911 errichtete der unter Einschluß von Vorgängern seit 1892 bestehende Arbeiterturnverein nahe der Ziesarer Landstraße seinen eigenen Sportplatz mit Turnerheim – wenige hundert Meter vor dem Krugpark, also ebenfalls an der alten, vom Neustädter Steintor ausgehenden Hauptstraße.<sup>70</sup> Ein Teil dieser Anlage hat sich erhalten, umgeben von der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen (Arbeiter-)Siedlung Eigene Scholle. Jenseits von Wilhelmsdorf entwickelte sich im Wald und am Wasser, bei dem Forsthaus Malge am Ufer des Breitlingsees, seit etwa 1900 ein weiteres beliebtes Ausflugsziel mit Biergarten und Badestrand.<sup>71</sup>

Seit 1882 brachte die Fahrgastschiffahrt die Brandenburger zu den Ausflugszielen am Wasser. Im selben Jahr 1904, in dem das westlich von Brandenburg gelegene Dorf Möser einen

Bahnhof der Berlin-Magdeburger-Eisenbahn erhielt, ließ die dortige Gemeinde eine Dampferanlegestelle errichten. Zwischen ihr und dem Bahnhof entstand das Sommerrestaurant „Seepavillon“, ein Ziel, das also von Brandenburg aus mit der Bahn und mit dem Schiff zu erreichen war. Das Schiff legte vorher regelmäßig am Seeschlößchen an der Havel bei Neuendorf, am gegenüberliegenden Bühnenhaus mit seinem städtischen Restaurant und an der Malge an; als weitere Ziele folgten Möser, Plau und Großwusterwitz.<sup>72</sup>

Schließlich darf nicht das individuelle Verkehrsmittel der Zeit vergessen werden. Brandenburg war ein Zentrum der Fahrradproduktion, seit in den 1880er Jahren die Brüder Reichstein (Brennabor-Werke) neben Kinderwagen auch Fahrräder herstellten<sup>73</sup> und bald darauf weitere Fahrradfabriken entstanden. Ihre Produkte wurden zwar in die ganze Welt exportiert, aber ein Teil blieb in der Stadt. Die Bedeutung des Fahrrads in Brandenburg zeigt sich darin, daß im Stadtführer von 1910 eigens die „Radfahrwege“ genannt werden: die „Wilhelmsdorferstraße nach Wilhelmsdorf und nach allen Ausflugsunkten der Neustädtischen Forst durch die Wälder“ und die „Plauer Chaussee nach Plau und allen Ausflugsunkten der Altstadtischen Forst durch die Wälder“,<sup>74</sup> also wieder die alten Hauptstraßen in westlicher Richtung, denen auch die Straßenbahnlinien folgten.

Brandenburg war 1910, also kurz vor dem Ersten Weltkrieg, eine dichtbebaute Industriestadt, die sich in südlicher und westlicher Richtung, vor allem entlang der beiden alten Hauptstraßen und der Havel, schon deutlich über den mittelalterlichen Kern hinaus entwickelt hatte. Die Eisenbahnlinien am äußersten Rand der Stadt ließen im Innern noch weite Freiflächen offen. Außerhalb erstreckten sich agrarisch geprägte und naturnahe Kulturlandschaftszonen. Die ausgedehnten Wald- und Wassergebiete dienten der Erholung der in der Stadt überwiegend dicht gedrängt wohnenden Bevölkerung. Die Vertikale wurde in der Stadt nicht mehr alleine von den Kirchtürmen, sondern seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zusätzlich von den Fabrikschornsteinen geprägt (vgl. Abb. S. 380f.).

### *Großindustrie und Massenwohnungsbau im 20. Jahrhundert*

1910 stand Brandenburg kurz vor dem Beginn wieder einer neuen Entwicklungsphase; sie wirkte sich auf die Landschaft um Brandenburg besonders stark aus. Den ersten Anstoß gab erneut ein Verkehrsbau. 1910 wurde der Silokanal zwischen Beetz- und Quenzsee eröffnet, der seit 1907 im Bau war. Er war Teil des (1938 in seiner gesamten Länge fertiggestellten) Mittellandkanals, zu dem auch der von Plau ausgehende Elbe-Havel-Kanal (ab 1936) gehörte.<sup>75</sup> Mit der nördlichen Umgehung der Stadt und der durch sie hindurchführenden Havelarme wurde die gewerbliche Schifffahrt in Ost-West Richtung, zwischen Berlin und Magdeburg, verkürzt. Die ältere Havel-Wasserstraße stand künftig noch mehr dem Freizeitverkehr offen. Das Ufer des neuen Kanals bot zugleich den Standort für neue Industrieanlagen. Den Anfang machte 1912 das von dem Industriellen Rudolf Weber gegründete Stahl- und Walzwerk.<sup>76</sup> Es wurde auf einer Dreiecksfläche errichtet, die von der Magdeburger Landstraße, der Städtebahn und dem Silokanal begrenzt war. Das Werk erhielt einen Bahnanschluß, hatte also hinsichtlich der Verkehrsanbindung die optimalen Standortbedingungen und gewann auf dieser Grundlage rasch eine große ökonomische Reichweite. Die Produktion begann 1914, also im Jahr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs.

ges. Das Werk verarbeitete den Stahlschrott aus dem gesamten Raum zwischen Berlin und Magdeburg zu Rohstahl.

Der Erste Weltkrieg brachte für den Raum Brandenburg an der Havel die Verbindung der Großindustrie mit der Rüstungsproduktion. Kurz nach Beginn des Krieges wurde beschlossen, in abgeschiedener und zugleich verkehrsgünstiger Lage im Wald beim Dorf Möser (seit 1916 Kirchmöser) zwischen der Berlin-Magdeburger Eisenbahn und dem Plauer See die „Militärisch-technischen Institute bei Plaue/Havel“ zu errichten.<sup>77</sup> Ab 1915 entstanden auf einer weiten Fläche zwischen Möserschem, Plauer und Wendsee die riesige Königliche Pulverfabrik und ein Feuerwerkslaboratorium sowie der neue Bahnhof Kirchmöser. Die Lagewahl für den kriegswichtigen Betrieb war auch eine Folge der Entscheidung, die Bahn 1846 nicht über Plaue, sondern durch die dünn besiedelte Gegend südlich um den Breitling- und Plauer See herum zu führen. Auf der anderen Seite von Plaue wurden in Briest (seit 1914) die Hansa-Brandenburgischen Flugzeugwerke errichtet, zusammen mit einem Flugplatz in der Brandenburger Altstädtischen Heide und mit einer Fliegerschule.<sup>78</sup> Damit griff die Industrialisierung im Raum Brandenburg erstmals über die Grenze des Stadtgebietes hinaus und legte den Grund für die später (1952) erfolgte Eingemeindung der beiden Orte Kirchmöser und Plaue.

Nach Überwindung der Folgen des Ersten Weltkrieges mit der Umstrukturierung der Rüstungsbetriebe schien der Stadt um 1930 eine bedeutende Zukunft als Wirtschaftsstandort bevorzustehen. In den zeitgenössischen Beschreibungen Brandenburgs wird wiederholt die günstige Verkehrslage gelobt, daneben auch der Umfang der Freiflächen für die Industrie und die wald- und wasserreiche Umgebung. Der Stadtbaurat Karl Erbs hob das „für Industriesiedlung praktisch unbegrenzte Gelände“ mit besten Verkehrsanschlüssen zu Wasser, Straßen und Bahn hervor, zusätzlich die reizvolle Natur in der Umgebung.<sup>79</sup> Brandenburg erschien als eine Stadt, „die auf die Wirtschaftszweige, die sich in freier Lage einrichten wollen, eine große Anziehungskraft ausübt“.<sup>80</sup>

In der NS-Zeit, in der insgesamt die Provinz Brandenburg stärker industrialisiert wurde, kamen diese Vorzüge erneut, und in erheblich größerem Umfang als im Ersten Weltkrieg, der Rüstungsproduktion zugute. Als neue Großbetriebe entstanden die Arado-Flugzeugwerke (1934), mit einem werkseigenen Flugplatz auf dem einstigen Exerzierplatz, und am Silokanal das Opel-Lkw-Werk, dessen Produktion von Rüsselsheim hierher verlegt wurde (1935/36).<sup>81</sup> Die neuen Betriebe erstreckten sich, ebenso wie schon das Stahl- und Walzwerk, in der Brandenburger Gemarkung auf den ein Vierteljahrhundert zuvor noch weiten unbebauten Flächen an der Magdeburger Landstraße, mit Anschluß sowohl an die Stadtbahn als auch an den Silokanal bzw. den Plauer See (Quenzsee). Nach Süden reichte das neue Industriegebiet bis in die Neuendorfer Feldmark hinein.

Den Großbetrieben waren schon seit dem Ersten Weltkrieg die Wohnsiedlungen gefolgt. In Plaue wurde 1915/16 die erste Siedlung für Rüstungsarbeiter im Raum Brandenburg errichtet: die von Paul Schmitthenner entworfene Gartenstadt. In den folgenden zwei Jahrzehnten entstanden neben den ausgedehnten Wohnanlagen in der Wilhelmsdorfer Vorstadt (südwestlich der Neustadt) weitere, an die Industriebetriebe angelehnte Werksiedlungen. Die sozialdemokratische Wohnungspolitik in der Weimarer Republik war bestrebt, die seit der



*Meßtischblatt, um 1943*

Industrialisierung bestehende Wohnungsnot zu lindern und Brandenburg als „sozial-orientierte Industriestadt“ zu gestalten.<sup>82</sup> Der Wohnungsbau wurde schließlich in der NS-Zeit im Zusammenhang mit dem Ausbau Brandenburgs zur „kriegsorientierten Industriestadt“ noch ausgeweitet.<sup>83</sup> Die Lage der Großbetriebe bestimmte die Entwicklung der Bebauung. Genügend Freiflächen waren in ihrer Umgebung vorhanden. Da sich diese Betriebe im Westen von Brandenburg konzentrierten, dehnte sich zunehmend in dieser Richtung die Wohnbebauung aus. Genannt seien die Kleinhaussiedlung Wilhelmshof (1919/20), Kirchmöser West und Kirchmöser Ost (ab 1922), die Zollbausiedlung Memelland auf dem Görden (1923/24) und in der NS-Zeit die Walzwerksiedlung und die Opelsiedlung. Mit der Kleinhaussiedlung Wilhelmshof südlich der Magdeburger Straße beginnend, wurden bis in die 1940er Jahre weite Teile des Geländes zwischen Stahl- und Walzwerk und Aradowerk sowie nördlich des Stahl- und Walzwerks und des Opelwerks zu Wohngebieten ausgebaut. Mit der Zeit ging man verstärkt zum Mietshausbau über, seit man erkannt hatte, daß allein mit dem anfangs geförderten Siedlungsbau die Wohnungsnot nicht zu beheben war. Einen schweren Rückschlag erlebte Brandenburg gegen Ende des Zweiten Weltkrieges. Wegen der Konzentration der Rüstungsindustrie wurde die Stadt von Luftangriffen und den anschließenden Demontagen besonders hart getroffen.

In der DDR-Zeit wurde Brandenburg zu einem Zentrum der Schwerindustrie ausgebaut und vor allem im nordwestlichen Teil der Stadt seit 1959 der Massenwohnungsbau verstärkt weitergeführt.<sup>84</sup> In Fortsetzung von Plänen der Vorkriegszeit, entstanden im Anschluß an die Großbetriebe und ihre frühen Siedlungen die großen neuen Wohngebiete Brandenburg-Nord und Hohenstücken, dieses allein von 1972 bis 1990 mit insgesamt ca. 8 200 Wohnungen und



Meißischblatt Brandenburg und Kirchmöser, 1980



noch 1996 bis 1997 mit zusätzlich ca. 500 Wohnungen. Der Wohnungsbau auf der „grünen Wiese“ war bis 1989 von einem fortschreitenden Verfall des vorindustriellen Kerns der Stadt begleitet.<sup>85</sup> Damit gelangte eine jahrzehntelange Entwicklung, die mit der Großindustrie verbunden war, auf einen Höhepunkt: Nicht mehr der vorindustrielle Kern der Stadt bildete den funktionalen Mittelpunkt, im Zentrum standen vielmehr die Großbetriebe, vor allem das Stahl- und Walzwerk Brandenburg mit seinen um 1985 etwa 9 000 Beschäftigten. An der Stelle der seit dem Mittelalter intensiv genutzten Ackerflächen der Altstadt zwischen der vorindustriellen Stadt im Osten und der Wald- und Wasserzone im Westen, von denen ein beträchtlicher Teil vor dem Ersten Weltkrieg extensiv vom Militär beansprucht worden war, entstand eine industrielle Kulturlandschaft mit einer Gemengelage von Industriebetrieben und Wohngebieten. Das vorindustrielle Zentrum geriet immer stärker in eine periphere Lage. Dem suchte das 1950 neugestaltete Stadtwappen Rechnung zu tragen: Die Silhouette der vorindustriellen Stadt wurde auf ihm von vier rauchenden Industrieschloten überragt (vgl. Abb. im Farbteil).<sup>86</sup> Diese sind schon 1990 aus dem Wappen wieder getilgt worden, bevor einige Jahre später (1993) mit der Beseitigung der Schornsteine des Stahlwerks begonnen wurde. Mit der Stilllegung dieses und anderer Betriebe hat die einseitig auf die Industrierwerke ausgerichtete „Stahlstadt“ den größten Teil der industriellen Kerne verloren. Seit dieser Zeit müssen umgekehrt für die Menschen in den großen Wohnhausballungen Arbeitsstätten neu geschaffen werden. Die ausgedehnten Wohngebiete, die einst den Industrieanlagen gefolgt waren, bleiben als Strukturelemente aus dem Industriezeitalter für die Zukunft erhalten.

Es bleibt noch eine Besonderheit der neueren Stadtentwicklung von Brandenburg zu erwähnen. Die „Kulturlandschaft“ des 19. und 20. Jahrhunderts wurde über längere Zeit durch die Unterbringung einer großen Zahl von bestimmten Bevölkerungsgruppen in besonderen „Objekten“ geprägt, die von der übrigen Bevölkerung mehr oder weniger streng getrennt waren. Die Entwicklung war in Brandenburg schon am Ende des 18. Jahrhunderts mit der Landarmenanstalt vor dem Plauer Tor und der 1820 daraus hervorgegangenen Strafanstalt eingeleitet worden. Sie wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der „Kasernenstadt“ entlang der Magdeburger Straße fortgesetzt.

Zusätzliche staatliche „Anstalten“ entstanden an derselben Magdeburger Landstraße weiter außerhalb der Stadt. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg begann der Bau der Landes-Irrenanstalt Görden, deren Gebäude im Krieg zunächst als Lazarett genutzt wurden.<sup>87</sup> In die im modernen Krankenhaus-Pavillonstil errichtete Anstalt wurden ab 1919 psychisch Kranke eingewiesen. Schon vor 1910 hatte der Verband der Brandenburger Krankenkassen ein Walderholungsheim in gesunder Umgebung nahe dem Haltepunkt Bohnenland in der Altstädtischen Heide eingerichtet.<sup>88</sup> Dasselbe städtische Waldgebiet bot den angemessenen Standort für ein Krankenhaus für psychisch Kranke. Die „Lagegunst“, zu der zugleich der angemessene Abstand von der Stadt gehörte, entschied dann auch für den Standort eines neuen modernen Zuchthauses, das seit 1927 nach den damaligen Vorstellungen des humanen Strafvollzugs errichtet wurde.<sup>89</sup> Es erhielt seinen Platz im unmittelbaren Anschluß an die (heutige) Landesanstalt Görden, auf der anderen Seite schloß das Gelände des Wasserwerks Kaltenhausen an. Das alte Gefängnis vor dem Plauer Tor konnte 1931 geschlossen werden. Es wurde schon bald in schrecklicher Weise „reaktiviert“. Hier bestand von 1933 bis 1934 eines der ersten Konzentrationslager für „Schutzhäftlinge“ in Preußen. Das KZ bil-

dete aber nur die Einleitung in ein furchtbares Kapitel der Brandenburger Geschichte. Brandenburg wurde in der Zeit des Nationalsozialismus ein Zentrum des politischen Terrors und des Mordens. Dafür nutzte man die zuletzt genannten staatlichen Einrichtungen, nicht nur das alte und neue Gefängnis, sondern auch die Landesanstalt; Brandenburg war ein Zentrum der Euthanasie.<sup>90</sup> Heute erinnert auf dem Brandenburger Stadtgebiet, darunter auf dem Gelände des ehemaligen Gefängnisses und in der fortbestehenden Justizvollzugsanstalt auf dem Görden, eine Reihe von Gedenkstätten an die Orte des Verbrechen in der NS-Zeit.<sup>91</sup>

Wir müssen zusätzlich an die „Lager“ denken, in denen Kriegsgefangene oder andere, zur Arbeit gezwungene Menschen untergebracht wurden. Schon im Ersten Weltkrieg bestand in Brandenburg am Quenzsee ein Lager vor allem für russische, aber auch für französische und englische Kriegsgefangene. An dieses Lager erinnerte der „Russenfriedhof“, auf dem die besonders an Fleckfieber verstorbenen Gefangenen bestattet worden waren. Einen Höhepunkt erreichte das Lagerwesen in der NS-Zeit. 1942/43 zählte man in Brandenburg 35 Zwangsarbeiter- und sieben Kriegsgefangenenlager mit insgesamt 10 961 Zivil- und 1 462 Kriegsgefangenen, die vor allem in den Rüstungsgrößbetrieben eingesetzt wurden.<sup>92</sup> Von 1941 bis 1945 hat zudem ein Nebenlager des KZ Sachsenhausen in Brandenburg bestanden.<sup>93</sup> Die sowjetische Siegermacht richtete 1945 ein Sammellager für deutsche Kriegsgefangene am Quenzsee ein und die Stadtverwaltung anschließend ein Flüchtlings- und Heimkehrerlager.<sup>94</sup> Die Geschichte dieser und anderer Lager, die die Siedlungslandschaft in Brandenburg an der Havel zeitweise mit geprägt haben, ist längst noch nicht in hinreichendem Maße aufgearbeitet.

Werfen wir abschließend wieder einen Blick vom heutigen Marienberg (vgl. Abb. im Farbteil), genauer von der „Stadtkrone“ Friedenswarte, auf die Brandenburger Kulturlandschaft, so beeindruckt am Ostrand der Siedlungsagglomeration immer noch der geschlossene, dreiteilige vorindustrielle Kern der Stadt mit seinen erneuerten hohen Kirchtürmen und -dächern. An ihn schließen im Nordwesten und Westen die großen Wohnblöcke an, unterbrochen von Gewerbegebieten und ehemaligen Industrieflächen. Die alten Standorte der Großindustrie, von der nach 1945 und nach 1990 erhebliche Teile beseitigt wurden, sind als Industrie- und Gewerbegebiete ausgewiesen.<sup>95</sup> Sie bilden das räumliche Entwicklungspotential für neue Arbeits- und Freizeitstätten. Bei der Gestaltung einer modernen Kulturlandschaft auf ehemaligem Industriegelände bemüht man sich allgemein um die stärkere Verzahnung der Flächen und Einrichtungen für Freizeit und Erholung in die Wohn- und Gewerbegebiete.

An die Wohn- und Arbeitszone schließt in Brandenburg immer noch eine weite Erholungszone mit der Havel, dem zur Stadt gehörenden Beetzsee, den Seen zwischen Brandenburg und Plaue sowie den Waldgebieten der Altstädtischen und Neustädtischen Heide an. Sie blieben für die Brandenburger Bevölkerung von großer Bedeutung, zumal die neuen Wohngebiete kaum für die Freizeit konzipiert waren.<sup>96</sup> 1987 verbrachte „ein Großteil der Bewohner“ von Brandenburg-Nord wie anderer Neubaugebiete „die Freizeit fast ausschließlich außerhalb des Wohngebietes“.<sup>97</sup> Bevorzugte Erholungsobjekte waren allerdings nicht mehr die traditionellen Ausflugsgebiete mit ihren Gaststätten, sondern die Wochenendsiedlung, die Kleingartenanlage, der Bootsclub und der Dauerzeltplatz. Für diese bietet die Stadfläche, die sich heute (ohne den Nordteil des Beetzsees) in Nord-Süd Richtung über 18, in

Ost-West Richtung über 22 km erstreckt, genügend Raum. Am südlichen Rand wird die Stadt übrigens seit 1937 von der Autobahn berührt, die wohl die Anbindung an den Fernverkehr verbesserte, aber bis in die jüngste Vergangenheit kaum Auswirkungen auf die weitere Gestaltung der Kulturlandschaft um Brandenburg hatte.

Im Brandenburger Stadtgebiet, vor allem in seinem östlichen Teil, befindet sich weiterhin eine Reihe von mittelalterlichen Dörfern mit ihren Kirchen. Die Dörfer sind in einer Zeit entstanden, in der die Kirche zum Dorf gehörte, in der sich die Häuser und die Bewohner um ihre Gemeindekirche scharten. Diese Zeit ist vergangen. Doch die Dörfer aus der vorindustriellen Zeit haben mit ihren Kirchen das Industriezeitalter überdauert und sollten auch ein geachteter Bestandteil der Kulturlandschaft der Gegenwart und Zukunft bleiben. Die zeitweise vom Abriß bedrohte Kirche in Saaringen ist durch gemeinsame Anstrengung vieler Brandenburger und auswärtiger Bürger allem Anschein nach gerettet worden.<sup>98</sup> Andernfalls hätte dieser Teil der Kulturlandschaft um Brandenburg ein wichtiges Gestaltungselement, ein Merkzeichen der vorindustriellen Vergangenheit, und das Dorf bzw. der heutige Ortsteil Saaringen seinen Mittelpunkt verloren. Den Wert der märkischen Dorfkirchen hat vor über hundert Jahren Theodor Fontane in seinem Roman „Vor dem Sturm“ treffend beschrieben: „Nur unsere Dorfkirchen stellen sich uns vielfach als die Träger unserer ganzen Geschichte dar, und die Berührung der Jahrhunderte untereinander zur Erscheinung bringend, besitzen und äußern sie den Zauber historischer Kontinuität.“<sup>99</sup> Der Erhalt der Reste der vorindustriellen und der industriellen Kulturlandschaft erscheint wichtiger als der Bau eines neuen „Alpen-Fun-Erlebnisparks“, eines für Brandenburg geplanten Freizeitparks mit Sportangebot und einschlägiger Gastronomie,<sup>100</sup> der in der Brandenburger Kulturlandschaft als ein Fremdkörper erscheinen würde.

- 
- 1 Zum Marienberg und seiner Bebauung vgl. die neueren grundlegenden Darstellungen zur Stadtbaugeschichte von Brandenburg an der Havel: Harald Bodenschatz u. Carsten Seifert, *Stadtbaukunst in Brandenburg an der Havel. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Berlin 1992, S. 90f., 170-175, 303-305. – *Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Denkmale in Brandenburg*, Bd. 1,1: Marcus Cante, *Stadt Brandenburg an der Havel*, T. 1: Dominsel – Altstadt – Neustadt. Worms 1994, S. 32f., 39f.; Bd. 1,2: Marie-Luise Buchinger, *Stadt Brandenburg an der Havel*, T. 2: Äußere Stadtteile und eingemeindete Orte. Worms 1995, S. 132-138.
  - 2 M.-L. Buchinger, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 133.
  - 3 Otto Tschirch, *Geschichte der Chur- und Hauptstadt Brandenburg (Havel)*, 3. Aufl. Brandenburg 1941, Bd. 2, S. 84. – Zur Marienkirche vgl. auch die (nach 1876 erschienene) anonyme Schrift „Die ehemalige Marienkirche zu Brandenburg“ (Zentrum für Berlin-Studien, Berlin).
  - 4 Es handelt sich um das sogenannte Freyhaus, in dem sich heute das Stadtmuseum befindet; vgl. M. Cante, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 212-214.
  - 5 Ernst Anderson, *Die Geschichte Brandenburgs als Garnisonstadt*. Ein Blatt Armeegeschichte. Weiffenels 1902, S. 21f.
  - 6 O. Tschirch, *Geschichte* (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 227, 301. – Moritz Wilhelm Heffter, *Geschichte der Chur- und Hauptstadt Brandenburg von den frühesten bis auf die neuesten Zeiten*, 2. Aufl. Potsdam 1840, S. 9. Im Juli 1833 wurden die ersten 13 Stationen in Betrieb genommen, 1834 war die gesamte Strecke fertiggestellt; vgl. Klaus Beyrer u. Birgit-Susann Mathis (Hg.), *So weit das Auge reicht. Die Geschichte des optischen Telegrafens*. Karlsruhe 1995, S. 182f. O. Tschirch gibt für Brandenburg abweichend das Jahr 1831 an.
  - 7 Johann Gustav Büsching, *Reise durch einige Münster und Kirchen des nördlichen Deutschland im Spätjahr 1817*. Leipzig 1819, S. 10.
  - 8 Vgl. H. Bodenschatz u. C. Seifert, *Stadtbaukunst* (wie Anm. 1), S. 95-101.
  - 9 So in den 1770er Jahren; ebenda, S. 103, 105.
  - 10 M. W. Heffter, *Geschichte* (wie Anm. 6), S. 390.
  - 11 Gerd Heinrich, *Geschichte Preußens. Staat und Dynastie*. Frankfurt a.M. usw. 1981, S. 347. – Allgemein vgl. auch die einschlägigen Beiträge in: Friedrich Wilhelm IV. – Künstler und König. Zum 200. Geburtstag [Ausstellungskatalog]. Frankfurt a.M. 1995, S. 36-42, 70-76, und in: Peter Krüger u. Julius H. Schoeps (Hg.), *Der verkannte Monarch. Friedrich Wilhelm IV. in seiner Zeit*. Potsdam 1997, S. 219-266.
  - 12 M.-L. Buchinger, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 133.

- 13 O. Tschirch, *Geschichte* (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 227f. – M.-L. Buchinger, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 133.
- 14 Vgl. O. Tschirch, *Geschichte* (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 299, und die Einwohnerzahlen im Anhang.
- 15 Vgl. Fritz Zink, *Brandenburg an der Havel um 1818. Eine Inkunabel der Lithographie*. In: *Niederdeutsche Beiträge zur Kunstgeschichte* 11 (1972), S. 271-274.
- 16 M.W. Heffter, *Geschichte* (wie Anm. 6), S. 10.
- 17 HOL, T. 3: Lieselott Enders, Havelland. Weimar 1972 (= Veröff. des Staatsarchivs Potsdam, 11), S. 42. – Friedrich Wilhelm August Bratring, *Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg. Kritisch durchgesehene u. verb. Neuausg. [der Ausg. von 1804-09] von Otto Büsch u. Gerd Heinrich*. Berlin 1968 (= Veröff. der Hist. Komm. zu Berlin, 22), Bd. 2, S. 72. – Otto Tschirch, *Tägliche Aufzeichnungen des Pfarrherrn Joachim Garcaeus*, Anh. 7 (Die Bewegung der Bevölkerung in der Neustadt Brandenburg von 1567-1800). In: *JBHistV* 20 (1888), S. 106-112.
- 18 H. Bodenschatz u. C. Seifert, *Stadtbaukunst* (wie Anm. 1), S. 77-114.
- 19 Winfried Schich, *Zur Genese der Stadtanlage der Altstadt und Neustadt Brandenburg*. In: Ders. (Hg.), *Beiträge zur Entstehung und Entwicklung der Stadt Brandenburg im Mittelalter*. Berlin-New York 1993 (= Veröff. d. Hist. Komm. zu Berlin, 84), S. 51-101, hier S. 78f. – M.-L. Buchinger, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 36-39.
- 20 Ebenda, S. 44, 58f.
- 21 Ebenda, S. 48f.
- 22 E. Anderson, *Garnisonstadt* (wie Anm. 5), S. 18.
- 23 Ebenda, S. 24-28.
- 24 M.-L. Buchinger, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 141-143.
- 25 Leopold Krug, *Topographisch-statistisch-geographisches Wörterbuch der sämtlichen preußischen Staaten*, Bd. 2. Halle 1796, S. 77; 2. verm. Aufl., Bd. 1. Halle 1805, S. 578.
- 26 Christian Engeli, *Stadterweiterungen in Deutschland im 19. Jahrhundert*, in: Wilhelm Rausch (Hg.), *Die Städte Mitteleuropas im 19. Jahrhundert*. Linz 1983 (= Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, 7), S. 47-72, hier S. 50.
- 27 Klaus Heß, *Brandenburg – so wie es war*. Düsseldorf 1992, S. 85-87. – M. Cante, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 173, 218, 268, 359f.
- 28 Staatsbibl. Preuß. Kulturbesitz, Berlin: Kart. N 729, Bl. 1902, 1903, 1970, 1971.
- 29 Vgl. auch Heinz-K. Junk u. Winfried Schich, *Die Siedlungslandschaft um 1700*. In: W. Schich, *Brandenburg (Havel). Altenbeken 1993* (= Deutscher Städteatlas, Lfg. V, Nr. 2).
- 30 Vgl. die entsprechenden Artikel in: HOL Havelland (wie Anm. 17). – HOL, T. 5: Peter P. Rohrlach, *Zauch-Belzig*. Weimar 1977 (= Veröff. des Staatsarchivs Potsdam, 14), und besonders Günter Mangelsdorf, *Die Ortswüstungen des Havellandes. Ein Beitrag zur historisch-archäologischen Wüstungskunde der Mark Brandenburg*. Berlin u. New York 1994 (= Veröff. d. Hist. Komm. zu Berlin, 86), S. 63f., 90, 100-102, 128-130.
- 31 G. Mangelsdorf, *Ortswüstungen* (wie Anm. 30), S. 35f. – W. Schich, *Genese* (wie Anm. 19), S. 83f. mit Anm. 134.
- 32 Vgl. auch Georg Draeger, *Verfassung und Verwaltung von Alt- und Neustadt Brandenburg bis zum 30jährigen Krieg*. In: *JBHistV* 50 (1918), S. 1-120, hier S. 15-18.
- 33 Heinrich Silbergleit, *Preußens Städte. Denkschrift zum 100jährigen Jubiläum der Städteordnung vom 19. Nov. 1808*. Berlin 1908, S. 162f.
- 34 Nach Friedrich Grasow, *Brandenburg (Havel). Ein Führer durch die Chur- und Hauptstadt und ihre Umgebung*, 3. Aufl. Brandenburg 1933, S. 5: 3707 ha Stadtförsten gegenüber ca. 36 ha städtischer Grünanlagen.
- 35 O. Tschirch, *Geschichte* (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 157-161.
- 36 Ebenda, S. 186f., 213f.
- 37 Ebenda, S. 166. – M.-L. Buchinger, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 277f.
- 38 Winfried Schich, „Zwei Wege von Brandenburg nach Magdeburg“ – eine Straßenkarte von 1688. In: *Gedenkschrift für Reinhold Olesch*, hg. v. Hans Rothe, Roderich Schmidt u. Dieter Stellmacher. Köln u. Wien 1990 (= Mitteldeutsche Forschungen, 100), S. 139-165.
- 39 *Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin*, Lfg. 42: *Chausseen 1792-1875*, bearb. v. Wolfgang Scharfe. Berlin u. New York 1973.
- 40 Horst Matzerath, *Urbanisierung in Preußen 1815-1914*. Stuttgart 1985 (= Schriften des Instituts für Urbanistik, 72), S. 28-107 mit Karte 1.
- 41 Ebenda, S. 108-240 mit Karte 2.
- 42 Ebenda, S. 241-371 mit Karte 3. – Vgl. auch oben mit Anm. 14.
- 43 *Hist. Handatlas* (wie Anm. 39), Lfg. 22: *Entwicklung des Eisenbahnnetzes (1838-1966)*, bearb. v. d. Arbeitsgemeinschaft. *Hist. Handatlas in Verb. mit Harry Methling*. Berlin u. New York 1967.
- 44 H. Bodenschatz u. C. Seifert, *Stadtbaukunst* (wie Anm. 1), S. 135.
- 45 M.-L. Buchinger, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 40f.
- 46 Hans-Joachim Uhlemann, *Berlin und die Märkischen Wasserstraßen*. Berlin 1987, S. 151-153.
- 47 *Hist. Handatlas*, Lfg. 42: *Chausseen* (wie Anm. 39).
- 48 M.-L. Buchinger, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), *passim*.
- 49 Ebenda, S. 120, 127-132.
- 50 O. Tschirch, *Geschichte* (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 245. – *Hist. Handatlas*, Lfg. 22 (wie Anm. 43).
- 51 Vgl. allgemein Josef Wysocki, *Kommunale Investitionen und ihre Finanzierung in Deutschland 1850 bis 1914*. In: W. Rausch (Hg.), *Städte Mitteleuropas* (wie Anm. 26), S. 165-180. – Karl Heinrich Kaufhold (Hg.), *Investitionen der Städte im 19. und 20. Jahrhundert*. Köln usw. 1997 (= Städteforschung, R.A, Bd. 42). – Marjatta Hietala, *Beziehungen zwischen Urbanisierung und Dienstleistungen an Beispielen deutscher Groß-Städte 1890 bis 1910*. In: Heinz Heineberg (Hg.), *Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert. Geographische und historische Aspekte*. Köln u. Wien 1987 (= Städteforschung, R.A, Bd. 25), S. 331-349.
- 52 O. Tschirch, *Geschichte* (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 244.
- 53 Ebenda, S. 241-245.
- 54 M.-L. Buchinger, *Stadt Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 97.

- 55 Ebenda, S. 137. – Tschirch, Geschichte (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 242.
- 56 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 275.
- 57 Vgl. allgemein Horst Matzerath (Hg.), Stadt und Verkehr im Industriezeitalter. Köln usw. 1996 (= Städteforschung, R. A, Bd. 41).
- 58 Helmut Respondek, 100 Jahre Straßenbahn in Brandenburg an der Havel. Berlin 1997. Vgl. den Beitrag von H. Respondek im vorliegenden Band.
- 59 Heinrich Johannes Schwippe, Öffentlicher Personen-Nahverkehr, Stadtentwicklung und Dezentralisierung. Berlin 1860-1910. In: H. Matzerath (Hg.), Stadt u. Verkehr (wie Anm. 57), S. 161-202, hier S. 165-170.
- 60 Führer durch die Chur- und Hauptstadt Brandenburg a. Havel und ihre Umgebung, hg. v. Brandenburger Verkehrsverein. Brandenburg 1910, S. 13. – Friedrich Grasow, Brandenburg (Havel). Ein Führer durch die Chur- und Hauptstadt und ihre Umgebung. Brandenburg 1924, S. 15.
- 61 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 203. – Walter Menzel, Brandenburgische Städtebahn. In: Erich Preuß u.a., Archiv deutscher Klein- und Privatbahnen: Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern. Berlin 1994, S. 21 - 36.
- 62 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 107, 194. – O. Tschirch, Geschichte (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 245. - Vgl. den Beitrag von J. Schulze in diesem Band.
- 63 O. Tschirch, Geschichte, Bd. 2 (wie Anm. 3), S. 255.
- 64 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 132-136.
- 65 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), passim.
- 66 Ebenda, S. 195. – HOL Havelland (wie Anm. 17), S. 28f., 132f.
- 67 HOL Zauch-Belzig (wie Anm. 30), S. 472f.
- 68 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 278.
- 69 Ebenda, S. 82, 96.
- 70 Ebenda, S. 82f.
- 71 Ebenda, S. 234f. – HOL Zauch-Belzig (wie Anm. 30), S. 255, 294.
- 72 So Führer 1910 (wie Anm. 60), S. 14.
- 73 Vgl. den Beitrag von B. Krause in diesem Band.
- 74 Führer 1910 (wie Anm. 60), S. 15.
- 75 H.-J. Uhlemann, Wasserstraßen (wie Anm. 46), S. 151-153. Vgl. den Beitrag von S. von Treskow u. W. Sponholz im vorliegenden Band.
- 76 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 162-168.
- 77 Ebenda, S. 203-207, 212f.
- 78 Ebenda, S. 246.
- 79 Karl Erbs (Hg.), Brandenburg (Havel) – Trabantenstadt westlich Berlins (Neue Stadtbaukunst). Berlin usw. 1930, S. X. – Vgl. auch F. Grasow, Brandenburg (wie Anm. 34), 1933, S. 5.
- 80 K. Erbs, Brandenburg (wie Anm. 79), S. VII.
- 81 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 150. Vgl. die Beiträge von F. Brekow und B. Krause im vorliegenden Band.
- 82 H. Bodenschatz u. C. Seifert, Stadtbaukunst (wie Anm. 1), S. 193-239.
- 83 Ebenda, S. 240-267.
- 84 Ebenda, S. 268-322.
- 85 Vgl. etwa Peter Schölller, Stadtbau und Stadterhaltung in der DDR. In: H. Heineberg (Hg.), Innerstädt. Differenzierung (wie Anm. 51), S. 439-471, hier S. 452-454 u. S. 469.
- 86 Klaus Heß, Zur Geschichte des Brandenburger Stadtwappens. In: JBHistV, NF 1/2, 1991/92 (1994), S. 45-52.
- 87 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 173-179.
- 88 Führer 1910 (wie Anm. 60), S. 10.
- 89 M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 180-183.
- 90 Kristina Hübener, Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit. Sterilisation und „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. In: Dietrich Eichholtz unter Mitarb. v. Almuth Püschel (Hg.), Brandenburg in der NS-Zeit. Berlin 1993, S. 230-246.
- 91 Vgl. u.a. M.-L. Buchinger, Stadt Brandenburg (wie Anm. 1), S. 45, 120, 137, 175, 183, 224.
- 92 Klaus Heß, Rückblende 1945 – die Stadt Brandenburg vor über 50 Jahren. In: Das Jahr 1945 in der Stadt Brandenburg, hg. v. Arbeitskreis Stadtgeschichte im Brandenburgischen Kulturbund. Brandenburg a.d.H. 1997, S. 10-79, hier S. 15.
- 93 Gudrun Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager. Frankfurt a.M. 1996, S. 225.
- 94 K. Heß, Rückblende (wie Anm. 92), S. 40f., 64f.
- 95 Vgl. etwa ADAC Stadtplan Brandenburg 1: 15 000 (ca. 1997).
- 96 Vgl. die beiden Fallstudien Brandenburg-Nord und Kirchmöser von 1987. In: Fred Staufenberg u.a., Brandenburg '87. Die Stadt und ihre Bewohner. Eine soziologische Studie zur Stadtentwicklung. Weimar 1988, T. 1, S. 110-121; T. 2, S. 207-258. Während in der älteren Werksiedlung Kirchmöser die Bewohner den größten Teil ihrer Freizeit im Umkreis der Wohnung verbrachten, wurden in Brandenburg-Nord „Wohn- und Erholungsfunktion räumlich und zeitlich getrennt wahrgenommen“ (S. 223).
- 97 Ebenda, T. 2, S. 217.
- 98 Der Tagesspiegel, Berlin, vom 31. August 1997 (Nr. 16087) und vom 6. Oktober 1997 (Nr. 16 122). – Alte Kirchen. Mitteilungen des Förderkreises Alte Kirchen Berlin-Brandenburg, Aug., Sept. u. Dez. 1997.
- 99 Theodor Fontane, Vor dem Sturm, Bd. 1, Kap. 5. Berlin (Aufbau-Verlag) 1996, S. 38.
- 100 Der Tagesspiegel, Berlin, vom 14. März 1997 (Nr. 15 566).

# Stadtverwaltung und Infrastruktur



# Ein Jahrhundert königlich-preußische Stadtverwaltung (1806 – 1918)

*Klaus Heß*

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts hatte die Stadt Brandenburg mit 10 280 Einwohnern eine Einwohnerzahl, die vor 1618 die damals selbständigen Städte Alt- und Neustadt Brandenburg schon hatten. Immer noch lebten die Bewohner innerhalb der von den mittelalterlichen Stadtbefestigungen vorgegebenen Grenzen. Die kommunale Verwaltung war durch den absolutistischen preußischen Staat bestimmt und damit eine Mitwirkung der Bürger weitgehend ausgeschlossen.<sup>1</sup> In Brandenburg gab es eine im Verhältnis zu anderen Städten umfangreichere Spezialisierung in der Verwaltung. Der Magistrat bestand aus einem Justizdirektor, einem Polizeidirektor, zwei Bürgermeistern, je einem Syndikus, Kämmerer, Stadtsekretär, Aktuaris und Ökonomie-Inspektor und mehreren Verwaltungsangestellten. Alle in der städtischen Verwaltung Tätigen wurden durch die landesherrliche Verwaltung eingesetzt.

Die große Unzufriedenheit der Brandenburger mit ihrem Rat und mit anderen Beamten zeigt ein anonymes Schmähedicht vom Anfang des Jahres 1809 in Form eines Guckkastentextes:

„Wie es in dieser Stadt tut geh'n, kann man für einen Kreuzer seh'n.

Die gute, alte Brennerstadt erbärmliche Regierer hat.

Es wird geschrien Ach und Weh' vom Magistrat in corpore.“<sup>2</sup>

Besonders der Oberbürgermeister Karl Friedrich Pfitzer, seit über einem Jahrzehnt zum Rat gehörend, wurde im weiteren Text der Unehrllichkeit bezichtigt.

Das Handwerk beherrschte das wirtschaftliche Leben. 1 564 Spinner, 298 Tuchmacher, 84 Leineweber, 55 Schneider waren Ausdruck der Dominanz des Textilgewerbes. Die aufkommende industrielle Produktion bezeugten die 1 929 in Fabriken tätigen Arbeiter, darunter 1 521 Wollarbeiter. 52 Schiffer, 69 Schiffsknechte, 15 Kahnführer und 37 Fischer unterstrichen die Bedeutung der Havel und ihrer Nebenarme für die Stadt. 37 Bäcker und 19 Fleischer versorgten die Bewohner. Aber nur drei ausgebildete Mediziner, sechs Wundärzte und zwei Apotheker lebten in der Stadt.<sup>3</sup>

Den Anfang des 19. Jahrhunderts bestimmten die Napoleonischen Kriege. Nach der Niederlage Preußens in der Schlacht von Jena und Auerstedt zog am 25. Oktober 1806 Napoleons Marschall Bernadotte mit 25 000 Soldaten in Brandenburg ein, von denen 16 000 in der Stadt blieben, 9 000 lagerten vor den Toren. Sie alle mußten von der Stadt versorgt werden. Die Bürger Brandenburgs begrüßten zwar bürgerlich-demokratische Reformen, wie sie von der Revolution in Frankreich ausgingen, aber nicht die Eroberer. So erreichten sie durch Tumulte, daß in der Nacht zum 23. September 1809 von 67 gefangenen Schillschen Husaren 23 fliehen konnten. Napoleon ließ dafür den Stadtkommandanten General Karl Friedrich von Hirschfeld, der erst seit dem 1. Februar im Amt war, bestrafen. In den nächsten Jahren sollen etwa eine halbe Million Soldaten durch Brandenburg gezogen sein, für deren Unter-

halt die Stadt sorgen mußte.<sup>4</sup> 1813 begrüßten die Bewohner begeistert die Kosaken, sie beteiligten sich mit Spenden an der Finanzierung des Befreiungskampfes, und junge Brandenburger kämpften in der Landwehr siegreich gegen die Franzosen. Die Stadt stand aber nach den Kriegsjahren verarmt da.

Die am 19. November 1808 erlassene „Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie“ erfüllte die Forderung des Bürgertums nach einer kommunalen Selbstverwaltung der Städte.<sup>5</sup> Die Städteordnung übertrug den Städten die Autonomie für Haushalt, Steuern, Armenfürsorge, Kirchen-, Schul- und Gesundheitswesen und regelte die Justiz- und Polizeiverwaltung neu. Im Paragraphen 48 war festgelegt, daß die Bürgerschaft „in allen Angelegenheiten des Gemeinwesens durch Stadtverordnete vertreten“ wurde. Die Wahl der Stadtverordneten nahmen die männlichen Bewohner vor, die das Bürgerrecht besaßen und ein Mindesteinkommen von 150 Talern erzielten. Gewählt werden konnten alle, die das Stimmrecht hatten, aber zwei Drittel mußten Hausbesitzer sein. Die Stadtverordneten wurden für drei Jahre gewählt, wobei jährlich ein Drittel ausschied. Der Paragraph 70 der Städteordnung bestimmte die Anzahl der zu wählenden Stadtverordneten: in mittleren Städten 36 bis 60 und in großen 60 bis 102. Im Jahre 1809 hatte Brandenburg 10 078 Einwohner und zählte damit schon zu den großen Städten. 60 Stadtverordnete konnten gewählt werden.

Am 3. April 1809 wurde die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Dazu war die Stadt in neun Wahlbezirke, benannt nach markanten Gebäuden bzw. Straßen, eingeteilt. In der Altstadt gab es drei Bezirke: Gotthardt-, Johannis- und Markt-Bezirk; sechs in der Neustadt: Markt-, St.-Annen-, Pauliner-, Steinstraße-, Katharinen- und Neue-Tor-Bezirk. Entsprechend der Anzahl der Wahlberechtigten waren vier bis acht Stadtverordnete und ein bis drei Stellvertreter zu wählen. Die Teilnahme an der Wahl galt als Pflicht, denn im Paragraphen 83 der Städteordnung ist zu lesen: „Sollte jemand so wenig Bürgersinn besitzen, daß er, ohne sich auf eine gesetzliche Art entschuldigt zu haben, wiederholentlich nicht erschiene, so sollen die Stadtverordneten befugt sein, ihn durch ihren Beschluß des Stimmrechts und der Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung für verlustig zu erklären, oder auf gewisse Zeit davon auszuschließen.“ Die Wahl geschah unter gleichzeitiger Anwesenheit aller Wähler. Nach der Wahl eines Vorstandes konnte jeder Wahlberechtigte Kandidaten vorschlagen. Über sie wurde einzeln mit schwarzen und weißen Kugeln abgestimmt. Die weiße Kugel galt als Zustimmung, die schwarze als Ablehnung. Jeder Kandidat, für den mehr als die Hälfte der Wähler stimmte, wurde mit der genauen Stimmzahl notiert. Nach Abschluß der Wahlhandlung galten die als gewählt, die die meisten Stimmen hatten, vorausgesetzt aber, daß zwei Drittel Hausbesitzer waren. Unter den 1809 gewählten 60 Stadtverordneten befanden sich 28 Handwerksmeister und 14 Kaufleute.<sup>6</sup>

Die erste Tagung der Stadtverordnetenversammlung fand am 4. Juni 1809 statt. Den ersten Vorstand bildeten die Kaufleute J. R. Bärenroth als Vorsteher, Josua Gotthilf Kabisch, Friedrich Krüger und Bernhard Ludwig Maercker.<sup>7</sup>

Die Städteordnung verlangte, daß die Stadtverordnetenversammlung mindestens einmal im Monat zusammentreten mußte. Bis zum Jahresende 1809 fanden 20 Tagungen statt, im Jahre 1810 waren es sogar 30, die größte Anzahl in einem Jahr überhaupt. An den Beratungen



*Franz Ziegler, Oberbürgermeister 1840 - 1849*

durften nur die Stadtverordneten teilnehmen. Selbst die Magistratsmitglieder blieben ausgeschlossen. Nur der Stadtsyndikus durfte zum Vortrag von Angelegenheiten des Magistrats und bei der Einführung der neu gewählten Stadtverordneten erscheinen.

Die Stadtverordneten wählten den Magistrat. Eine Ausnahme bildete der Oberbürgermeister. Für dieses Amt konnten die Stadtverordneten drei Kandidaten vorschlagen, von denen einer vom preußischen König ernannt wurde. Der Wunschkandidat der Stadtverordneten war der in der Stadt tätige Oberakzise- und Zollrat Otto Friedrich Nickel. Außerdem schlugen sie den Justizassessor Massow aus Potsdam und den Regierungsrat Kappeller aus Königsberg vor. Nickel hätte wahrscheinlich auch die Zustimmung des Königs erhalten, wenn er nicht auf eine zwölfjährige Amtszeit bzw. auf eine Pension nach den vorgeschriebenen

sechs Jahren bestanden hätte. Friedrich Wilhelm III. beendete die Auseinandersetzung, indem er den Kriegsrat Heinrich August Duden, der den Kriegsdienst hatte quittieren müssen, als Oberbürgermeister einsetzte.

In den Magistrat konnten die Stadtverordneten vier besoldete und zwölf unbesoldete Stadträte wählen. Nickel wurde zum Bürgermeister, August Wilhelm Thiede zum Syndikus, Johann Ephraim Thümen zum Baurat und Hübener zum Kämmerer gewählt. Die längste Dienstzeit erreichte Thümen, er war bis 1846 im Amt. Mit den 12 unbesoldeten Magistratsmitgliedern kamen nichtstudierte Vertreter des Bürgertums in die kommunale Verwaltung, unter ihnen die Kaufleute Jakob Justus Wiesike, Carl August Leidemit, Christian Friedrich Kleist, Gottfried Ephraim Metze und der Bäckermeister Carl August Jerichow. Kein Mitglied des alten Magistrats wurde wiedergewählt.

Die Städteordnung von 1808 brachte die Trennung der Polizei und der Justiz von der allgemeinen Verwaltung. Die Schaffung einer besonderen Polizeiverwaltung, mit je einem Polizeidirektor, Polizeirat, Polizeisekretär, Polizeiregistrator, zwei Kommissaren und vier Sergeanten für Brandenburg, deren Kosten sich auf 14 000 Mark jährlich belaufen sollten, stellte eine unerfüllbare Belastung für den städtischen Haushalt dar.<sup>8</sup> Der Magistrat bat wiederholt die Regierung um Aufhebung der besonderen Polizeiverwaltung, wie sie für große Städte vorgeschrieben war. 1816 erhielt die Stadt wieder eine eigene Polizeiverwaltung. Oberbürgermeister Karl Friedrich Pfitzer, bis 1809 Polizeidirektor, übernahm zusätzlich das Amt des Polizeidirigenten. Damit verlor die Stadt aber gleichzeitig den Status einer kreisfreien Stadt. Sie wurde in den Landkreis Westhavelland eingegliedert und dem Landrat in Rathenow unterstellt. Der Verlust der Kreisfreiheit wurde nur kurzzeitig von der

Stadtverordnetenversammlung hingenommen. Schon 1817 versuchte sie unter Hinweis auf die Geschichte als Chur- und Hauptstadt, wieder eine Änderung zu erreichen. Ein Zusammenwirken von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat gab es aber nicht.

Entscheidenden Einfluß auf die weitere Entwicklung Brandenburgs nahm Franz Ziegler (3.2.1803 - 1.10.1876).<sup>9</sup> Er kam 1828 als junger Justizkommissar an das königliche Land- und Stadtgericht Brandenburg. Bedingt auch durch die Heirat mit einer Brandenburgerin aus der alteingesessenen Familie Blell, fand er schnell Verbindung zu den einflußreichen Familien. Er erreichte im Dienst überdurchschnittliche Ergebnisse für die Stadt und kam deshalb 1839 in die Stadtverordnetenversammlung. Als ein Jahr später der Oberbürgermeister Georg Friedrich Zander, seit 1821 im Amt, um seine Entlassung bat, wünschten sich viele Stadtverordnete Franz Ziegler als Nachfolger. Ziegler, Carl Friedrich Brandt und ein dritter Bewerber wurden dem König vorgeschlagen, der sich für Ziegler entschied. Am 27. März 1840 fand die feierliche Amtseinführung statt. Ziegler setzte durch, daß er für 12 Jahre und mit höherem Gehalt eingestellt wurde.

Zieglers erster Erfolg als Oberbürgermeister war das Erreichen einer Kabinettsorder durch König Friedrich Wilhelm IV., die am 22. September 1840 die Aufsicht des Landrates des Kreises Westhavelland über die Kommunal- und Polizeiverwaltung wieder beseitigte. Die vollständige Kreisfreiheit erreichte aber auch Ziegler nicht.

Zu der Zeit herrschten im Magistrat und besonders in der Kämmerei arge Mißstände. Zieglers Stand wurde noch dadurch erschwert, daß sein Wahlgegner Brandt Syndikus und zweiter Bürgermeister wurde und sich als ein unversöhnlicher, aber geschickt operierender Feind zeigte. Ein schlimmes Erbe übernahm der neue Oberbürgermeister mit den seit Jahren üblichen Geschäftspraktiken zur Besetzung des Magistrats. Als besoldete Magistratsmitglieder waren wiederholt unter Berücksichtigung der leeren Stadtkasse die Kandidaten gewählt worden, die die geringsten finanziellen Forderungen stellten. So geschehen mit dem Oberbürgermeister Karl Friedrich Pfitzer, der den unbeweglichen Duden ablöste. Da Pfitzer aus Altersgründen nach nicht einmal drei Jahren das Amt wieder abgeben mußte, wählte die Stadtverordnetenversammlung den zwar befähigten, aber zu der Zeit schon von Altersbeschwerden geplagten Otto Friedrich Nickel. Zwei Jahre später, 1821, bekam der Justizrat Georg Friedrich Zander das Amt, weil er auf einen Teil des Gehaltes zugunsten des Ruhegeldes für Nickel verzichtete.

Zu den ersten Amtshandlungen Zieglers gehörte die Reformierung der Finanzverwaltung. 48 verschiedene Kassen waren vorhanden, die von 23 Kassenführern, den Rendanten, verwaltet wurden.<sup>10</sup> Dem Magistrat war die Existenz einzelner Kassen schon nicht mehr bekannt, Rechnungslegungen waren seit Jahrzehnten im Rückstand, und jeder Rendant hatte seine Kasse bei sich zu Hause. Die Nutzung des Geldes aus solchen Kassen für private Zwecke war kein Einzelfall. Ziegler nahm den Rendanten die Kassen ab und bildete drei große Kassen: die Kämmereikasse, in die auch die Steuern kamen, die Administrationskasse mit den staatlichen Zuschüssen, der Feuerversicherungskasse und den Gewerbesteuern und die Institutenkasse, die die gemeinnützigen Stiftungen umfaßte. Die Regierung genehmigte diese Konzentration der Kassen zum 1. Januar 1843 und empfahl sie allen anderen Städten.

Ein weiterer Schritt zur Reformierung der städtischen Finanzen war die Einführung der progressiven Besteuerung der Bürger. Die Einkommenssteuer erhob die Stadt in einer Art Klassensteuer in fünf Stufen von 150 Mark bis 3 000 Mark Einkommen mit zwei bis vier Prozent Steuern. Eine größere Zahl von Einwohnern hatte aber weit über 3 000 Mark jährliches Einkommen. Ziegler schlug ein Steuersystem vor, bei dem das wirkliche Einkommen Grundlage war. Brandenburg war die erste Stadt in Preußen mit dieser progressiven Besteuerung. Die Zahl der Gegner Zieglers, vor allem in der Stadtverordnetenversammlung, wuchs bei diesen Maßnahmen. Durch Denunziation sollte er vom Amt vertrieben werden. Wieder stellte sich die Regierung aber auf seine Seite. Zur Haupteinnahmequelle für die Stadt wurde die Bewirtschaftung der umfangreichen städtischen Forsten. Die Einnahmen daraus verdreifachten sich von 1839 bis 1846. Das trug dazu bei, die Steuerlast für die Bürger geringer als in vielen anderen Städten zu halten.

Für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung vieler Orte wurde der Bau der Eisenbahnstrecken von Bedeutung. Ziegler setzte sich für den Bau der Bahnlinie von Potsdam nach Magdeburg ein und überzeugte die Eisenbahngesellschaft, entgegen der ursprünglichen Planung, die Strecke über Brandenburg zu führen. Am 2. August 1846 hielt der erste Zug zur Probefahrt auf dem Brandenburger Bahnhof, offiziell begann der Zugverkehr am 7. August. Am 2. August – es war ein Sonntag – zogen hunderte neugieriger Brandenburger zum damals noch weit vor den Toren der Stadt liegenden Bahnhof. Anfänglich zweimal täglich, ab Herbst viermal täglich, fuhren Züge in beide Richtungen.

Für die Verbesserung des Lebens in der Stadt zur Amtszeit Franz Zieglers trugen auch Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge bei. Auf dem ehemaligen Stadthof der Altstadt entstand im Anschluß an das Syndikatshaus 1841/42 ein städtisches Krankenhaus, das bis zum Neubau am Marienberg 1901 die Brandenburger, vor allem die ärmeren Bevölkerungskreise, versorgte. Es stand in enger Verbindung zur 1840 im Ordonnanzhaus eröffneten Zwangsarbeits- und Armenanstalt. Mitte der vierziger Jahre kamen an Stelle der arbeitsscheuen Personen Waisenkinder in die Anstalt. 1844 wurden im Durchschnitt täglich über 70 Arme versorgt.

Den Gegensatz zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat milderte Franz Ziegler durch eine umfassendere Öffentlichkeit der Verwaltung. Ab 1845 ließ er den Kammereietat und einen Verwaltungsbericht als Rechenschaftslegung des Magistrats drucken.<sup>11</sup> Als nächsten Schritt setzte Ziegler die Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlung durch. In der Sitzung am 27. August 1847 stimmten die Stadtverordneten dem Vorschlag des Magistrats zu.<sup>12</sup> Die erste öffentliche Sitzung fand am 10. Februar 1848 statt.<sup>13</sup>

Zur Öffentlichkeit der städtischen Verwaltung und besonders auch zum Bekanntmachen von Geschäften und Betrieben der Handels- und Gewerbetreibenden gehörte seit 1847 das Adreßbuch der Stadt.<sup>14</sup> Das erste Adreßbuch enthielt nur ausgewählte Personen. Nicht aufgenommen wurden Einwohner, „deren Stellung entweder eine sehr untergeordnete oder dienende“ war. Im Mittelpunkt standen die Handels- und Gewerbetreibenden. So ist nur aus dieser Quelle bekannt, daß es 1847 in der Stadt erst neun praktische Ärzte, aber schon elf Versicherungsagenturen gab, 42 Bäcker- und 27 Schlächtermeister die Einwohner versorgten, elf Gasthöfe und 25 Schankwirte auf Gäste warteten. Den Kern der Wirtschaft bilde-

ten die Handwerker: 115 Schneider, 157 Schuhmacher, 124 Tuchfabrikanten und Tuchmacher, 56 Leinen- und Garnweber, 40 Pantoffelmacher. Ein wichtiger Bestandteil aller Adreßbücher war das Verzeichnis der Behörden und Ämter. Enthalten waren auch die Gesellschaften und Vereine. Seit 1863 kamen in das Straßenverzeichnis neben den Hauseigentümern auch die Namen der Mieter. Die Adreßbücher wurden im Laufe der Jahre immer mehr zu einem Handbuch über die Stadt. Das erste Adreßbuch 1847 hatte 124 Seiten, das von 1936/37 insgesamt 772 Seiten.

Der Ausbruch der Revolution am 18. März 1848 in Berlin fand ein schnelles Echo in Form eines Extra-Blattes des „Brandenburger Anzeigers“ mit einer Bekanntmachung des Magistrats, der erwartete, daß die Arbeiter, „die sich stets ehrenwerth gehalten, und überall, insbesondere bei öffentlichem Unglück, sich in den ersten Reihen als hülfreich und brav gezeigt, auch ferner diese Ehrenhaftigkeit bewahren und den ruhigen Gang der Geschäfte, die Quelle ihrer Erhaltungen, nicht stören werden“.<sup>15</sup> Der zweite Teil der Bekanntmachung drohte Maßnahmen bis zum Gebrauch von Schußwaffen an, wenn die Arbeiter sich nicht entsprechend verhalten sollten. In Brandenburg kam es zu keinen revolutionären Kämpfen. Im „Brandenburger Anzeiger“ erschien nur ein Aufruf demokratisch gesinnter Bürger für eine Sammlung zugunsten der Hinterbliebenen der am 18. März in den Kämpfen gefallenen Einwohner Berlins.<sup>16</sup>

Am 24. März 1848 beschloß die Stadtverordnetenversammlung unter dem Eindruck der Ereignisse in Berlin sich aufzulösen, um eine Neukonstituierung zu ermöglichen. Aber schon am 4. Mai teilte die lokale Presse mit, daß der Beschluß zurückgenommen worden sei, da der Verlauf der Ereignisse nur Veränderungen in der „Repräsentation des gesamten Volkes“ zum Gegenstand habe.<sup>17</sup>

Nach dem 18. März entstand eine Bürgerwehr aus 12 Kompanien mit 648 Mann. Die Bewaffnung mit 400 Exerziergewehren stellte leihweise das in Brandenburg stationierte 20. Infanterieregiment. Zum Kommandanten wurde der Oberstleutnant a. D. Struensee und zu seinem Stellvertreter Stadtrat Schonert gewählt. Die Exerzierübungen fanden auf der Musterwiese statt. Den größten Einsatz hatte die Bürgerwehr im sogenannten „Dähneschen Krieg“ am Abend des 27. Mai. Der Tuchmachermeister Dähne aus der Kurstraße hatte in zwei Inseraten im „Brandenburger Anzeiger“ die Forderung nach mehr Lohn durch die Tuchmachergesellen mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß er als junger Geselle noch viel weniger erhalten habe. Daraufhin zogen die empörten Gesellen vor das Haus von Dähne, rissen das Straßenpflaster auf und bewarfen das Haus. Der Bürgerwehr gelang es, die Gesellen wieder von der Straße zu vertreiben.<sup>18</sup>

Franz Ziegler wurde am 26. Oktober 1848 im Nachbarkreis Zauch-Belzig in die Preußische Nationalversammlung gewählt. Wenige Tage später – am 9. November – verlegte der König den Tagungsort der Nationalversammlung aus dem unruhigeren Berlin nach Brandenburg in den Dom. Die Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung empfand die Verlegung als unberechtigte Einmischung und erschien nicht zur ersten Sitzung im Dom am 27. November, sondern tagte in Berlin weiter. Eine Beschlußfähigkeit der Versammlung kam in Brandenburg nicht zustande. Am 5. Dezember löste der König die Versammlung, deren Ziel die Erarbeitung einer Verfassung war, auf. Zu den Abgeordneten, die nicht nach

Brandenburg kamen, gehörte Franz Ziegler. Er stimmte auch dem Beschluß zur Verweigerung der Steuern zu. Am 2. Mai 1849 verfügte der preußische Innenminister die Suspendierung Zieglers vom Amt des Oberbürgermeisters. Im weiteren Verlauf wurde gegen Ziegler Anklage erhoben. Das Kreisblatt für das Westhavelland berichtete am 26. November über den Prozeß: „Der Herr Oberbürgermeister von Brandenburg, F. W. Ziegler, ist angeklagt, als Mitglied der nach Verlegung der Preußischen Nationalversammlung nach Brandenburg trotz der königlichen Botschaft vom 8. November 1848 forttagenden Fraktion dieser Versammlung, mehrere Schriften, nämlich den Steuerverweigerungsbeschluß, den Kommissionsbericht über die Steuerverweigerung und den bekannten Aufruf der Halberstädter Landwehr an die Linie verbreitet und sich dadurch des Hochverrats und des Aufruhrs schuldig gemacht zu haben.“<sup>19</sup>

Ziegler wurde in letzter Instanz im Juni 1850 zu vier Monaten Festungshaft, einem Jahr Polizeiaufsicht, zum Verlust der Nationalkokarde und der Ehrenzeichen, zur Amtsenthebung und Erstattung der Gerichtskosten verurteilt. Die Stadtverordnetenversammlung wollte ihrem ehemaligen Oberbürgermeister eine Pension gewähren. Der Magistrat lehnte das ab und erreichte, daß der Innenminister den Stadtverordneten eine Rüge aussprach. Nachfolger im Oberbürgermeisteramt wurde der Mann, der Ziegler in den letzten Jahren in Brandenburg am heftigsten bekämpft hatte: Carl Friedrich Brandt.

In der Zeit der turbulenten Ereignisse des Jahres 1848, am 19. April, verlieh die Stadtverordnetenversammlung eine Ehrenbürgerschaft.<sup>20</sup> Der Amtmann Schrobsdorff aus Krahe hatte in den Notjahren 1847 und 1848 Lebensmittel für die Brandenburger Bevölkerung geliefert und wurde dafür geehrt. Das war die vierte Ehrenbürgerschaft, seit 1827 der Rektor des Gymnasiums Friedrich Wilhelm Barth anläßlich des 30jährigen Dienstjubiläums als erster geehrt wurde. Auch in den folgenden Jahrzehnten waren Leistungen im Dienste der Stadt oder für die Stadt bei den meisten Ehrenbürgern der Grund für die Auszeichnung.

Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 engten König Friedrich Wilhelm IV. und die Regierung die Selbständigkeit der Städte wieder wesentlich ein und erhöhten die Aufsichtspflicht der Regierungsbehörden. Im Mai 1849 erfolgte im Zusammenhang mit der Einführung einer Verfassung in Preußen die Ablösung des bisherigen Wahlrechts durch das Dreiklassenwahlrecht, das dann bis 1918 galt. Die Wähler wurden entsprechend der Höhe der gezahlten Einkommensteuer in drei Gruppen eingeteilt, jede Gruppe wählte ein Drittel der Stadtverordneten. Die Gemeindeverordnung vom 11. März 1850 und die Städteordnung vom 30. Mai 1853, die die revidierte Städteordnung vom 17. März 1831 ablöste, waren weitere Maßnahmen gegen die kommunale Selbstverwaltung.

Die Stadtverordneten wurden nun für sechs Jahre gewählt, wobei nach zwei Jahren jeweils ein Drittel ausschied. Die Hälfte der Stadtverordneten mußte Hausbesitzer sein. Bei der Stimmenabgabe hatte der Wähler laut zu Protokoll zu geben, wem er seine Stimme gab. Die Wahl des Oberbürgermeisters und der übrigen Magistratsmitglieder bedurfte der Bestätigung durch den König bzw. den Regierungspräsidenten.

Wie undemokratisch das Dreiklassenwahlrecht war, sollen Zahlen aus dem Jahre 1897 zeigen. Bei 41 000 Einwohnern hatten 27 in der ersten Klasse, 285 in der zweiten und

3 239 in der dritten das Wahlrecht, und jede Klasse wählte ein Drittel der 45 Stadtverordneten. Unter diesen Bedingungen ist es fast verständlich, daß die Wahlbeteiligung in der dritten Klasse im gesamten 19. Jahrhundert gering blieb. 1897 hatten sich 24 Stimmberechtigte der ersten Klasse, 137 der zweiten und nur 1 387 der dritten Klasse an der Wahl beteiligt.

In den Beginn der Amtszeit Brandts fielen durch das Gesetz über die Ablösung der Real-lasten vom 2. März 1850 die Anträge der Kämmereidörfer, bis auf Wust, auf Ablösung der jährlichen Abgaben. Das Abfindungskapital wog aber über die Jahre nicht den Eingang von Naturalabgaben auf.<sup>21</sup> Andererseits war eine entsprechende gesetzliche Entscheidung überfälliger, um Reste mittelalterlicher Unterstellung zu beenden.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhöhte sich die Einwohnerzahl von 10 228 auf 18 300, wobei im Jahrzehnt von 1825 bis 1835 die Einwohnerzahl sogar stagnierte. Der Aufschwung der Textilindustrie ließ die Einwohnerzahl bis Anfang der sechziger Jahre wieder stärker steigen, um dann abermals für über 10 Jahre nur langsam anzusteigen. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs die Stadt endlich über die mittelalterlichen Grenzen hinaus.<sup>22</sup>

Da auch Franz Ziegler keine vollständige Herauslösung der Stadt aus dem Kreis Westhavelland erreicht hatte, galt diesem Ziel weiterhin das Streben der Oberbürgermeister und der Stadtverordneten. Aber weder Brandt noch sein Nachfolger Johann Gobbin erreichten es. Gobbin legte in seiner Amtszeit von 1864 bis 1871 aber wichtige Grundlagen für den Ausbau des Kämmereiwesens, das Elementarschulsystem und die Gesundheitspflege in den Jahren des großen industriellen Aufschwungs nach 1871. Karl Reuscher, Oberbürgermeister von 1872 bis 1897, blieb es vorbehalten, wieder an der Spitze einer kreisfreien Stadt zu stehen.

Die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 legte im Paragraphen 4 fest, daß Städte mit über 25 000 Einwohnern (ohne Militärangehörige) den Antrag auf Bildung eines Stadtkreises stellen konnten. Die Volkszählung 1875 ergab für die Stadt eine Zivilbevölkerung von 25 578 Personen. Daraufhin bereitete der Magistrat 1876 einen Antrag auf Ausscheiden aus dem westhavelländischen Kreis vor. Die Stadtverordnetenversammlung bestätigte auf der Tagung vom 19. Juli 1877 den Antrag des Magistrats und beauftragte ihn, die Verhandlungen zu führen. Ein Jahr später – am 11. Juli 1878 – gab die Stadtverordnetenversammlung einem Vertragsentwurf die Zustimmung. Hauptverhandlungspunkt zwischen Kreisverwaltung und Stadt war die Übernahme von Aktiv- und Passivvermögen durch die Stadt, insbesondere der Tilgungs- und der Unterhaltungskosten für die Chausseen. Die Verhandlungen zogen sich noch über zwei Jahre hin. Erst zum 1. April 1881 wurde Brandenburg ein eigener Stadtkreis.<sup>23</sup> Schon für das erste Jahr als kreisfreie Stadt konnte der Verwaltungsbericht feststellen, daß die Stadt statt der jährlichen Kreisabgaben von 53 372,42 Mark für 1880/81 nur Ausgaben in Höhe von 46 868,48 Mark hatte. Hinzu kamen noch die einfacheren Verwaltungswege.

Das Ausscheiden einer Stadt aus einem Kreis war trotz der Bestimmungen der Kreisordnung scheinbar nicht nur für Brandenburg ein Problem. In den folgenden Jahren bis 1909 wandten

*Das Kriegerdenkmal  
auf dem Marienberg,  
eingeweiht 1880*



sich 14 Städte an Brandenburg mit der Bitte um Auskünfte bzw. Bereitstellung der entsprechenden Akten: Cottbus, Gelsenkirchen, Halberstadt, Tilsit, Thorn, Schöneberg bei Berlin, Königshütte, Herford, Oppeln, Essen, Kattowitz, Insterburg, Iserlohn und Malstadt-Burbach (1909 zu Saarbrücken). Sie wollten wissen, „ob das dortseitige Ausscheiden aus dem Kreis der Stadt Vorteile gebracht hat bzw. ob dieselben die etwaigen Nachteile überwogen haben“.<sup>24</sup> Konkret wurde vor allem nach der Teilung des Kreisvermögens und der Unterhaltung der Kreischausseen gefragt.

Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fiel die Entscheidung über Kasernenbauten in der Stadt, die dazu unentgeltlich Grund und Boden zur Verfügung stellen mußte. Im Bereich der Magdeburger Straße entstand ein umfangreicher Kasernenkomplex. Die Bedeutung Brandenburgs als Garnisonstadt wurde damit bestätigt.<sup>25</sup> Die überregionale Stellung der Stadt als Standort des Militärs zeigte auch der Bau des Kriegerdenkmals der Mark Brandenburg für die Gefallenen der Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 auf dem Marienberg. Die Namen von 3 495 Gefallenen aus der Mark waren auf elf großen, schwarzen Marmortafeln verzeichnet.<sup>26</sup>

Die Gründung des Deutschen Reiches 1871 und die damit verbundene Stellung Berlins als Hauptstadt brachten für die Stadt Brandenburg die Entwicklung zu einem der wichtigsten Industriestandorte östlich der Elbe.<sup>27</sup> Von 1875 bis 1900 stieg die Einwohnerzahl um 70 Prozent. Von 1900 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 blieb es bei einem kontinuierlichen Bevölkerungszustrom. 1912 lebten erstmals über 50 000 Zivilpersonen in der Stadt.

Die Stadtverwaltung schuf notwendige Voraussetzungen für diese Entwicklung. Am 1. September 1862 war das erste Gaswerk in der Schützenstraße (Geschwister-Scholl-Straße) betriebsbereit. Die Einweihung erfolgte in der Nacht auf den 12. September mit einer Festbeleuchtung aller Gaslaternen. Trotz einer Erweiterung 1877/78 war wegen steigender Nachfrage ein Neubau mit einer Tagesleistung von 30 000 Kubikmetern Gas, der 1908 in der Neuendorfer Straße fertiggestellt wurde, unumgänglich. In der Bauhofstraße entstand das Elektrizitätswerk, 1901 zuerst als Gleichstromwerk, 1910 erfolgte die Umstellung auf Wechselstrom. Die Stadt verpachtete das Elektrizitätswerk 1912 auf 40 Jahre an die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, die AEG. In dem Altstädtischen Forst entstand in den Jahren 1893 bis 1895 ein städtisches Wasserwerk mit einem Hochbehälter auf dem Marienberg. Innerhalb von 25 Jahren verfünffachte sich der Wasserverbrauch und stieg auf über zwei Millionen Kubikmeter. Zur Wasserentsorgung nutzte die Stadt ab 1898 ein unterirdisches System einer Schwemmkanalisation mit Pumpanlagen und Rieselfeldfiltration. Auf der Grundlage der Hygienebestimmung des Preußischen Staates baute die Stadt weit vor ihren Toren in der späteren Wilhelmsdorfer Vorstadt einen Schlachthof, der 1890 von Oberbürgermeister Reuscher übergeben wurde. Den Entwurf hatte der Stadtbaurat Krzyzagorski geliefert. Die Verkehrsverhältnisse verbesserten sich durch die Inbetriebnahme der Brandenburgischen Städtebahn und der Westhavelländischen Kreisbahn, den Bau der Vorstadtschleuse und des Silokanals als Teil des Mittellandkanals und innerstädtisch mit der Straßenbahn. Am 1. Juli 1901 nahm das Städtische Krankenhaus am Südhang des Marienberges mit 150 Krankenbetten den Betrieb auf. Im Gegensatz zum alten Krankenhaus am Altstädtischen Markt, das errichtet wurde, um vor allem Armen Unterkunft und

Pflege bei Erkrankungen zu bieten, entstand der Neubau, um für Menschen aller Schichten der Bevölkerung die ärztliche Versorgung zu sichern.

Entscheidenden Einfluß auf die kommunale Verwaltung nahm in den Jahren 1864 bis 1905 Rudolf Hammer. Als gebürtiger Brandenburger kehrte er nach dem Jurastudium in seine Heimatstadt zurück und war zunächst am Gericht tätig. 1864 wählten ihn die Stadtverordneten zum Stadtrat und Syndikus, 1872 zum Bürgermeister. 1897 übernahm er das Oberbürgermeisteramt. Beim Ausscheiden aus dem Amt 1905 ernannten ihn die Stadtverordneten zum Ehrenbürger.

Mit der Entwicklung Brandenburgs zur Industriestadt erhöhte sich stetig der Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung, und mit der Bildung von Organisationen der Arbeiter veränderte sich das politische Leben in der Stadt. Der erste örtliche Arbeiterverein entstand 1865, noch von Mitgliedern der liberalen bürgerlichen Fortschrittspartei gegründet.<sup>28</sup> Die erste eigenständige Organisation der Arbeiter war die am 21. November 1868 gegründete Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, zu dessen Zentren mit 400 Mitgliedern im Jahre 1875 die Stadt sehr bald gehörte. Eine Ortsgruppe der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands gab es nicht. Die Vereinigung beider Parteien 1875 war also in Brandenburg nur eine Namensänderung. Auch das faktische Verbot der Sozialdemokratie durch das sogenannte Sozialistengesetz für die Zeit von 1878 bis 1890 konnte die Stärkung der Partei nicht aufhalten. Die Neugründung im Juli 1890, noch unter dem Tarnnamen „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“, ermöglichte es, nach dem Fall des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1890 eine breite Parteiarbeit aufzubauen.

Ein wichtiges kommunalpolitisches Ereignis war 1897 die erstmalige Wahl von fünf Kandidaten der SPD in die Stadtverordnetenversammlung. Zu den ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten gehörte Otto Sidow, der der bedeutendste Brandenburger Arbeiterfunktionär werden sollte. 1899 erreichte die Partei das zweite Drittel der Abgeordneten der dritten Klasse, und abermals zwei Jahre später stellte die SPD die 15 Stadtverordneten der dritten Klasse. Mehr war für die Partei durch das Dreiklassenwahlrecht nicht zu erreichen. 1909 hatte der Ortsverein der SPD 2 761 Mitglieder, am Vorabend des Ersten Weltkrieges 4 492. Jugend- und Sportorganisationen und die Gewerkschaften vergrößerten den Bereich des öffentlichen Wirkens der Arbeiterbewegung. 1914 hatten die freien Gewerkschaften 8 372 Mitglieder.



*Rudolf Hammer, Geh. Regierungsrat,  
Oberbürgermeister 1897 - 1905*



*Sozialistische Arbeiterjugend, vor 1914*





*Festzug zum 500. Jahrestag des Einzuges des ersten Hohenzollern in die Mark Brandenburg, 31. Mai 1912*

Die Gegensätze zwischen bürgerlicher und proletarischer Geschichtsbetrachtung zeigten sich am 29. und 30. Mai 1912. Am 30. Mai beging die Stadt in Anwesenheit Kaiser Wilhelms II. den 500. Jahrestag des Einzuges des ersten Hohenzollern in die Mark Brandenburg. Die Einweihung des Kurfürstenbrunnens, ein Denkmal für Kurfürst Friedrich I., auf dem Altstädtischen Markt und ein mit viel Beifall aufgenommener großer historischer Festumzug gehörten zum Programm des Tages. Die sozialdemokratische „Brandenburger Zeitung“ schrieb am Tage des Kaiserbesuchs: „In das heutige Halleluja über diesen Besuch einzustimmen, haben wir selbstverständlich nicht die mindeste Veranlassung.“<sup>29</sup> Dem Jubel im bürgerlichen „Brandenburger Anzeiger“ stand die totale Ablehnung des Festes in der „Brandenburger Zeitung“ gegenüber. Für die Sozialdemokraten war der Abend des 29. Mai der Höhepunkt jener Tage. Vor mehreren tausend Arbeitern sprach Karl Liebknecht im Garten des Volkshauses über „Hohenzollerntum und Preußenrecht“.

In den Jahren 1905 bis 1914 stand Hugo Dreifert an der Spitze der Verwaltung. Otto Tschirch beurteilte ihn als „eine echte Herrschernatur, ausgestattet mit vielseitigen Kenntnissen und reichen Gaben für Organisation auf allen Gebieten der Stadtverwaltung, mit zielbewußter und zäher Tatkraft, bereit und fähig, die größten Widerstände und Hindernisse zu überwinden“.<sup>30</sup> Dreifert reorganisierte die Finanzverwaltung, setzte sich für Schulbauten ein, ließ das Altstädtische Rathaus als Festhaus wieder herstellen und den Umschlaghafen am Silokanal bauen. In seiner Amtszeit lag der Bau der Landesirrenanstalt in dem Altstädtischen Forst. Brandenburg erhielt als wichtige Planungsgrundlage für die weitere Stadtentwicklung einen allgemeinen Bebauungsplan. Dreifert verstand es auch, die Familie des Fabrikbesitzers Robert Leue und Ernst Paul Lehmann für die Umgestaltung des Marienberges zu gewinnen.



*Der Magistrat, 1906*

Die Stadtverordnetenversammlung würdigte den 100. Jahrestag der Einführung der Städteordnung mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Ernst Blell, von 1885 bis 1908 unbesoldeter Stadtrat. Ein langjähriges Wirken im Magistrat oder in der Stadtverordnetenversammlung war keine Ausnahme in diesen hundert Jahren, auch nicht die Würdigung als Ehrenbürger beim Ausscheiden aus dem Amt: Otto Winterfeld Stadtverordneter von 1862 bis 1881 und Stadtverordnetenvorsteher 1866 bis 1868, 1870 bis 1881, Hermann Domke Stadtverordneter 1862 bis 1893, Hermann Schlee Stadtverordneter 1864, 1873 bis 1905 und Stadtverordnetenvorsteher 1889 bis 1905. Ehrenbürger wurden auch Wilhelm Gericke, der von 1850 bis 1853 und dann von 1855 bis 1899 Stadtverordneter war, Gustav Schmith unbesoldeter Stadtrat von 1867 bis 1906 und Louis Gumpert, der 60 Jahre, von 1859 bis 1919, zur Stadtverordnetenversammlung gehörte. Weitere Namen von Familien, die als Kaufleute oder Fabrikbesitzer für die Entwicklung der Stadt Bedeutung hatten, sind unter den sehr lange in der Stadtverordnetenversammlung wirkenden Abgeordneten zu finden: Johann Daniel Gottfried Bendel (1809 - 1849), Jakob Justus Wiesike (1821 - 1863), Johann Friedrich Krumwiede (1824 - 1848), Karl Meinicke (1842 - 1861), Ferdinand Brexendorf (1849 - 1873), Hermann Genrich (1854 - 1861, 1864 - 1893), August Raschig (1872 - 1891), Wilhelm Wiemann (1882 - 1897, 1904 - 1909), Franz Riedel (1890 - 1914), Reinhold Münster (1888 - 1890, 1894 - 1920), Gottfried Krüger (1900 - 1916), Ernst Paul Lehmann (1900 - 1927). 40 Jahre, von 1849 bis 1889, war August Hausmann unbesoldeter Stadtrat.

Der Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 veränderte wesentliche Bedingungen für die Stadtverwaltung. Sie wurde „in jenen Tagen eigentlich nur ein Glied in dem System der Kriegsführung und Heeresverwaltung“.<sup>31</sup> Otto Tschirch schrieb, daß ein umsichtiger und tatkräftiger Oberbürgermeister aber die Lasten der Kriegsführung erleichtern könne. Brandenburg

hatte das große Glück, mit dem am 12. Juni 1914 durch die Stadtverordnetenversammlung gewählten Franz Schleusener einen solchen Oberbürgermeister zu haben. Zu seinen größten Leistungen gehörte eine unter den Kriegsbedingungen weitgehende Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Im ersten Halbjahr 1914 war die Zahl der Arbeitssuchenden gegenüber 1913 gestiegen. Noch im September kamen auf 100 offene Stellen 317 Arbeitsuchende.<sup>32</sup> Sehr schnell trat durch den Kriegsdienst ein stetig steigender Arbeitskräftemangel ein. Schon im ersten Kriegsjahr mußte ein Teil des Gaswerkes stillgelegt werden, Straßenbahnlinien wurden eingeschränkt oder sogar eingestellt. Der Einsatz als Straßenbahnschaffnerinnen zählte zu den ersten Tätigkeiten, die die Frauen von den Männern übernahmen. In der Stadtverwaltung fehlten von den 269 Beschäftigten 128 Männer.

Der Inhalt der vier von Schleusener vorgelegten Übersichten zur Magistratsarbeit in den Kriegsjahren befaßte sich zum großen Teil mit Formen der Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel. Im Sommer 1915 ließ Schleusener große Mengen Kartoffeln durch die Stadt aufkaufen, die dann zu festen Preisen abgegeben wurden. Viele Brandenburger standen Stunden vor dem Verkaufsbeginn an, denn die Preise auf dem freien Markt wurden immer unerschwinglicher.

Im dritten Kriegsjahr gab es im Straßenbild der Stadt noch die alte Betriebsamkeit, aber Veränderungen waren unübersehbar. Die „Kraftdroschken“ fuhren nicht mehr, die Straßenbeleuchtung war fast völlig eingestellt, und Geschäfte und Gaststätten schlossen früher, um Energie zu sparen. Der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung verschlechterte sich, Krankheitsfälle wie Diphtherie, Scharlach und Tuberkulose nahmen sprunghaft zu, vereinzelt Pockenfälle traten auf. Es starben mehr ältere Menschen als in den Friedensjahren, und die Geburtenzahlen gingen zurück. 8 000 Männer aus der Stadt waren im Heeresdienst. 849 Brandenburger fielen in den ersten drei Kriegsjahren.<sup>33</sup>

Das vierte Kriegsjahr verschärfte alle Gegensätze. Schleusener erkannte, daß seit Mitte des Jahres 1917 „die Zeichen der Erschöpfung immer auffälliger“ wurden.<sup>34</sup> Die politischen Umwälzungen, wie sie von Karl Liebknecht gefordert wurden, lehnte er aber als unverantwortlich ab.<sup>35</sup>

Im September 1918 schrieb Oberbürgermeister Schleusener in einem Bericht an die Regierung: „In der Arbeiterschaft herrscht große Unzufriedenheit über die mangelnde Rede- und Versammlungsfreiheit. Bis tief in die höheren Bürgerkreise hinein findet die Enttäuschung darüber lebhaften Ausdruck, daß die Erfüllung der Hoffnungen auf eine freiere Gestaltung des Staatswesens sich nicht verwirklicht. In der Arbeiterschaft hat dies dahingeführt, daß die Überzeugung, wir führten einen Verteidigungskrieg, verloren gegangen ist.“<sup>36</sup>

---

1 Friedrich Wilhelm Henning, Rahmenbedingungen und Grundzüge der Verwaltungsgeschichte Deutschlands von 1815 bis 1945. In: Verwaltungsgeschichte Deutschlands 1815 – 1945. Stuttgart u. a. 1992, S. 55.

2 Otto Tschirch, Geschichte der Chur- und Hauptstadt Brandenburg an der Havel. Brandenburg 1928, Bd. 2, S. 202.

3 Friedrich Wilhelm August Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 2. Berlin 1805, S. 73f.

- 4 O. Tschirch, Geschichte (wie Anm. 2), S. 128.
- 5 Die Preußischen Städteordnungen vom 19. November 1808 und vom 17. März 1831. Breslau 1843.
- 6 BA vom 19.12.1809.
- 7 Im StadtA befinden sich 118 Bd. (21,16 – 1 bis 118) mit den Protokollen der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung von 1809 bis 1933. Zur Zusammensetzung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung siehe auch: Magistrat und Stadtverordnete in Brandenburg von 1809 bis 1920. Brandenburg 1920.
- 8 29./30. JBHistV, S. 102f.
- 9 Zu Franz Ziegler vgl. Hans Neumann, Franz Wilhelm Ziegler. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Opposition in Preußen (1803 – 1876). Diss. Ms., Berlin 1922. – Inge Jahn, Franz Wilhelm Ziegler (1803 – 1876) – eine Biographie. Staatsexamenarbeit Ms., Berlin 1965.
- 10 Gustav Dullo, Kommunalgeschichte der Stadt Brandenburg. Brandenburg 1886, S. 19ff.
- 11 Die Verwaltungsberichte erschienen mit Ausnahme der Jahre des Ersten Weltkrieges jährlich bis 1930/31.
- 12 StadtA, 21,16-30, Bl. 81.
- 13 Ebenda, 21,16-31, Bl. 13ff.
- 14 Adreßbücher erschienen danach ab 1851 mit Ausnahme weniger Jahre regelmäßig bis 1938/39.
- 15 Extra-Blatt des BA vom 18.3.1848.
- 16 BA vom 22.3.1848.
- 17 Kreisblatt für das Westhavelland vom 4.5.1848.
- 18 Otto Jork, Brandenburg im Jahre 1848. In: 29./30. JBHistV, S. 20f.
- 19 Kreisblatt für das Westhavelland vom 28.11.1849.
- 20 StadtA, 21, 16-31.
- 21 O. Tschirch, Geschichte (wie Anm. 2), S. 298.
- 22 Vgl. den Beitrag von H. Buchholz u. C. Seifert in diesem Band.
- 23 StadtA, 21,1-12.
- 24 Ebenda.
- 25 Vgl. den Beitrag von D. Kotsch in diesem Band.
- 26 Richard Schillmann, Der Marienberg vor der alten Stadt Brandenburg. Eine Festschrift zur Einweihung des von der Kurmark gestifteten Krieger-Denkmal. Brandenburg 1880. – Das Kriegerdenkmal wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört, die Ruine später abgerissen.
- 27 Vgl. den Beitrag von U. Müller in diesem Band.
- 28 Vgl. zu den Organisationen der Arbeiter Otto Sidow, Durch Sturm und Drang. Erinnerungsblätter zur Geschichte der Brandenburger Arbeiterbewegung bis zum Sozialistengesetz von 1878. Brandenburg 1927. – Bernhard Bogedain u. Klaus Heß, Geschichte Brandenburgs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1914, Teil 2 u. 3. In: Ksp. 1983, H. 7 u. 8.
- 29 BZ vom 30.5.1912.
- 30 O. Tschirch, Geschichte (wie Anm. 2), S. 341.
- 31 Ebenda, S. 359.
- 32 Franz Schleusener, Die Arbeit der Stadtverwaltung seit Kriegsausbruch. Eine Übersicht. Brandenburg 1915, S. 12. – Schleusener ließ als Ersatz für die Verwaltungsberichte für jedes Kriegsjahr eine gedruckte Übersicht herausgeben.
- 33 Ders., Die Arbeit der Stadtverwaltung Brandenburg im dritten Kriegsjahr. Eine Übersicht. Brandenburg 1918, S. 120f.
- 34 Ders., Die Arbeit der Stadtverwaltung Brandenburg seit 1. August 1917 bis Friedensschluß. Vierte Übersicht. Brandenburg 1921, S. 100.
- 35 Ebenda, S. 95.
- 36 Ebenda, S. 102.



## Republik und NS-Diktatur: Die Stadtverwaltung und der Stadtkreis in der Phase des Ausbaus der Stadt zum zweitgrößten Industrieort der Provinz Mark Brandenburg (1918 - 1945)

*Klaus Heß*

### *Die Novemberrevolution – der Weg zur demokratischen Verwaltung*

In Brandenburg begannen die revolutionären Aktionen wie vielerorts in den Kasernen. Für den Abend des 9. November 1918 hatten Soldaten und Unteroffiziere des Infanterie-Ersatzbataillons Nr. 35 nach vertraulichen Absprachen mit Soldaten der übrigen Brandenburger Einheiten eine militärische Aktion vorbereitet.<sup>1</sup> Am späten Nachmittag trafen sich im Volkshaus in der Steinstraße Soldaten und Arbeiter. Dahinein traf die Meldung über die Ereignisse in Berlin. Das Verlesen eines Extrablattes durch den Redakteur der „Brandenburger Zeitung“ Fritz Mitzkat wirkte wie ein Funke im Pulverfaß. Ein erster Arbeiter- und Soldatenrat wurde gebildet. An der Spitze standen vom Soldatenrat der vom Militärdienst beurlaubte ehemalige Redakteur der „Brandenburger Zeitung“ Erich Baron und der Sergeant Hugo Schulder aus Köln, vom Arbeiterrat der Gewerkschaftsfunktionär Franz Gemoll und der Arbeitersekretär Richard Hickmann. Diese vier bildeten den geschäftsführenden Ausschuß. Gegen Mitternacht erschien als Flugblatt der erste Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates an die „Arbeiter, Bürger, Soldaten!“. Im Flugblatt war zu lesen: „Die Abdankung des Kaisers ist nicht die Vollendung der revolutionären Umwälzung, sondern nur ein Anfang, der uns den Weg frei macht zur möglichst unblutigen Wandlung Deutschlands zu einer wirklichen und wahrhaft freien sozialen Volksrepublik, in der es keine Betrogenen und Unterdrücker mehr geben darf.“<sup>2</sup>

Am Morgen des 10. November wehten von den öffentlichen Gebäuden rote Fahnen. Die Revolution hatte auch in Brandenburg unblutig scheinbar gesiegt. Die „Brandenburger Zeitung“ feierte in einer Extraausgabe den 9. November als Ausdruck einer neuen Zeit, der sozialen Republik des freien deutschen Volkes.<sup>3</sup>

In den folgenden Tagen schuf der Arbeiter- und Soldatenrat Kommissionen für Lebensmittelversorgung, Waffen, Bekleidung, Wachdienst, Polizei und Sicherheit. Der Magistrat und die Polizei versahen weiterhin ihren Dienst. Der Arbeiter- und Soldatenrat erfüllte wichtige Aufgaben der Sicherheit und Versorgung und kontrollierte den Verwaltungsapparat. Er griff aber nicht in die personelle Besetzung der Verwaltung ein. Der Oberbürgermeister Franz Schleusener, die Stadträte und die Stadtverordneten blieben in ihren Ämtern.

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung wandten sich mit einem Aufruf im „Brandenburger Anzeiger“ am 11. November an die Brandenburger, in dem die Zusam-

menarbeit der Stadtverwaltung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat betont wurde. Die Industriellen der Stadt riefen am 14. November zur Bildung eines Bürgerausschusses auf, der die „Forderungen und Rechte“ des Bürgerrates „bei der Neugestaltung des Staats- und Wirtschaftslebens zur Geltung bringen und das neue Werden maßgeblich mitbestimmen“ sollte.<sup>4</sup> Zu diesem Zeitpunkt waren die Machtstellung des Arbeiter- und Soldatenrates und das politische Kräfteverhältnis im Rat zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertretern auf der einen Seite und Anhängern des Spartakusbundes auf der anderen Seite noch nicht entschieden.

Erich Baron, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, war gewählter Stadtverordneter der SPD. Auf der Stadtverordnetenversammlung am 28. November setzte er die Bewilligung von 5 000 Mark zur Deckung der durch die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates verursachten Kosten durch.<sup>5</sup> Der „Brandenburger Anzeiger“ wertete das Auftreten Barons in der Sitzung als „Bedrohung der Stadtverordnetenversammlung“.<sup>6</sup> Die Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des Spartakusbundes mit den übrigen politischen Kräften spitzte sich insbesondere in der Vorbereitung der Wahl zur Nationalversammlung zu. Während Erich Baron vor Wahlen eine Sozialisierung der Gesellschaft forderte, standen die Vertreter der SPD und der Gewerkschaften in Übereinstimmung mit bürgerlichen Vertretern auf der Position der Regierung Ebert, daß vor der Sozialisierung „eine vom Willen der Mehrheit des ganzen Volkes getragene Gesetzgebung“<sup>7</sup> stehen müsse.

Anfang Januar 1919 wollten die Anhänger des Spartakusbundes ihren Berliner Genossen zu Hilfe kommen und durch sympathisierende Truppen Waffen schicken. Durch eine überraschende Besetzung aller wichtigen Gebäude und Betriebe am Abend des 7. Januar sollte dafür die Voraussetzung geschaffen werden. Der in geheimer Beratung beschlossene Plan wurde aber bekannt. Tausende Arbeiter aller Betriebe folgten dem Aufruf der SPD und der Gewerkschaften zu einer Gegendemonstration am 7. Januar unter der Losung „Für die Regierung! Für Frieden, Ordnung und Brot! Gegen Spartakus und Anarchie!“<sup>8</sup> und verteilten damit die Aktion.

Auf einer Vorstandssitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 23. Januar wurden die Anhänger des Spartakusbundes zum Rücktritt gezwungen. Erich Baron, dem keine Beteiligung nachgewiesen werden konnte, erklärte seinen Austritt und ging nach Berlin. Mitzkat schrieb über ihn: „Er war der Brandenburger Arbeiterbewegung ein scharfsinniger Kritiker und feingeistiger Beurteiler abstrakter Dinge gewesen, ein Realpolitiker war er ihr nicht.“<sup>9</sup>

### *Eine demokratische Stadtverwaltung entstand*

Die Nichteinführung des Räteystems anstelle der Stadtverordnetenversammlung war eine Voraussetzung dafür, daß sich mit den Wahlen Anfang 1919 die parlamentarische Demokratie durchsetzen konnte. Diese Wahlen nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht brachten als wichtigstes Ergebnis der Revolution für die einzelnen Parlamente ein neues Kräfteverhältnis.

Aus der Stadtverordnetenwahl vom 23. Februar 1919 – sechs Parteien bewarben sich um die 48 Abgeordnetensitze – ging bei einer Wahlbeteiligung von nur 68,9 Prozent die SPD mit 27 Stadtverordneten als Sieger hervor.<sup>10</sup> Hinzu kamen zwei Abgeordnete der USPD. 19 Stadtverordnete, darunter sieben der SPD, gehörten schon der alten, nach dem Dreiklassenwahlrecht Preußens zwischen 1912 und 1916 gewählten Stadtverordnetenversammlung an. Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Januar 1916 hatte weiterhin Gültigkeit. Das war möglich, weil die „Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie“ vom 30. Mai 1853 auch für die Jahre der Weimarer Republik im wesentlichen Gültigkeit behielt. In der Geschäftsordnung war festgelegt, welche Tagesordnungspunkte in öffentlicher bzw. nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln waren. In nichtöffentlicher Sitzung wurden die Unterstützungs- und Gehaltsfragen für städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter, Äußerungen über die vom Magistrat ausgewählten neuen Beamten, Wahlen für städtische Ehrenämter und Grunderwerbs- und Veräußerungssachen behandelt. Die Beschlüsse darüber wurden in der Regel veröffentlicht.

Eine herausragende Stellung in der Stadtverordnetenversammlung hatte der Vorsteher, der auf der ersten Sitzung nach der Neuwahl bzw. jedes Kalenderjahres gewählt wurde. Er vertrat die Versammlung nach außen, legte die Tagesordnung fest, seine Stimme entschied bei Stimmengleichheit, und er konnte durch Ordnungsrufe und damit erzwungenen Versammlungsbeschluß einem Abgeordneten das Wort für den Rest der Sitzung entziehen lassen.

Der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung wurde nach der Stärke der Fraktionen gewählt. Die bürgerlichen Parteien waren dazu ein Abstimmungsbündnis eingegangen. Die SPD stellte mit Otto Sidow den Vorsteher und mit Friedrich Roßmann den stellvertretenden Schriftführer, die DDP mit Reinhold Münster den stellvertretenden Vorsteher und mit Salomon Salinger den Schriftführer.<sup>11</sup> Von 1920 bis zur Neuwahl 1924 besetzte die SPD die Position des Vorstehers und des Schriftführers, die DDP die des stellvertretenden Vorstehers und der Gewerbliche Mittelstand die des stellvertretenden Schriftführers. Nach dem Stimmenverhältnis wurden die Ausschüsse und Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung besetzt. In den ständigen Ausschüssen besaß die SPD jeweils die absolute Mehrheit. In der Stadtverordnetensitzung am 10. April 1919 fanden die ersten Nachwahlen für ausgeschiedene unbesoldete Stadträte statt. Durch das neue Kräfteverhältnis wurden mit Friedrich Roßmann und Franz Bellin erstmals Sozialdemokraten in diese Funktion gewählt. Das entsprach aber noch nicht dem Verhältnis der Parteien in der Stadtverordnetenversammlung. Mit der Neuwahl aller unbesoldeten Stadträte am 25. September 1919 stellte die SPD sieben der 12 Stadträte.

Die sozialdemokratische Fraktion war bestrebt, Kommunalpolitik im Interesse der Brandenburger Arbeiter zu leisten. Das führte zu Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung, die nur aufgrund der Mehrheit der SPD durchgesetzt werden konnten. So stellte die SPD auf der Tagung am 10. April 1919 den Antrag zur Bildung eines Wohlfahrtsamtes. Die Begründung dafür war in der „Brandenburger Zeitung“ zu lesen: „Stadtverordneter Beinkämpen erinnert an die Zeit, in der die Sozialdemokraten in den Kommissionen stief-



*Franz Schleusener,  
Oberbürgermeister  
1914 - 1920*

Abgeordneten der Arbeiterparteien und der bürgerlichen Parteien. Bei allen personellen und finanziellen Sparmaßnahmen durch die Stadtverwaltung stellten die bürgerlichen Parteien den Antrag, mit den Einsparungen im Wohlfahrtsamt zu beginnen.

Das Wohlfahrtsamt wurde in den Jahren der Inflation zu einer städtischen Einrichtung, die den Notleidenden wenigstens eine geringe Unterstützung geben konnte. Die Bewilligung der ständig steigenden und in der Inflation ins Uferlose gehenden Mittel kam stets erst nach längeren Debatten zustande. Diese Mittel wurden in der Regel durch die Aufnahme von Anleihen bereitgestellt, was zweifelsohne eine Langzeitbelastung des städtischen Haushaltes darstellte, aber es gab keine Alternativen.

Ein weiteres Feld sozialdemokratischer Kommunalpolitik war die Bildung. Gegen die Stimmen der bürgerlichen Abgeordneten setzten die SPD-Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung am 11. März 1920 die Einführung der Einheitsschule und am 22. April des gleichen Jahres die Eröffnung eines Volksschulkindergartens zur Vorbereitung der Kinder auf diese Einheitsschule durch. Auf der Sitzung vom 11. Januar 1923 wurde die Einführung der achtklassigen Volksschule beschlossen. Verbesserungen gab es ebenfalls im Bereich der Berufsschulbildung, unter anderem 1920 durch die Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule für Mädchen. Der Beschluß zur Schaffung einer Volkshochschule war schon am 22. August 1919 gefaßt worden.

1920 verlor die Stadt ihren Oberbürgermeister. Franz Schleusener, der Brandenburg mit großer Umsicht und Tatkraft durch die schweren Kriegs- und Nachkriegsjahre geführt hatte, folgte dem Ruf, als Regierungspräsident für den Regierungsbezirk Potsdam höhere Aufgaben zu übernehmen. Am 29. Januar verabschiedete ihn die Stadtverordnetenver-

mütterlich behandelt wurden. Jetzt ist eine andere Zeit gekommen. Trotzdem herrsche in der Bevölkerung das Gefühl vor, daß die Mühlen des Magistrats noch immer sehr langsam mahlen. Die sozialpolitischen Vorlagen atmeten auch heute noch den alten Geist. In dieser Beziehung müsse es anders werden. Und zu diesem Zwecke verlange die Sozialdemokratie größeren Einfluß im Magistrat, das beantragte Wohlfahrtsamt solle in sozialpolitischer Hinsicht modernen Grundsätzen Geltung verschaffen. Seine Tätigkeit werde sich u. a. auf den Arbeitsnachweis, die Erwerbslosenfürsorge, Notstandsarbeiten, Armen-, Waisen- und Siechenpflege, die Fürsorge für Säuglinge und Schwangere sowie das Wohnungswesen erstrecken.“<sup>12</sup>

In den folgenden Jahren gab es zur Arbeit und zum Etat des Wohlfahrtsamtes wiederholt Auseinandersetzungen zwischen den

# Der Generalstreik proklamiert!

**Arbeiter, Bürger und Genossen!**

Um den Kampf gegen die wahnsinnigen Putschversuche einer reaktionären Soldateska mit aller Energie aufzunehmen, haben die

**Funktionäre und Vertrauensleute aller sozialistischen Parteien  
und der Gewerkschaften**

gestern abend **einstimmig** beschlossen, den

**Generalstreik zu proklamieren.**

Die Dauer des Generalstreiks ist vorläufig bis auf Dienstag abend 6 Uhr festgesetzt worden und wird je nach der Situation verlängert werden.

Es wird aus den Vorständen sämtlicher Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien ein Aktionskomitee gebildet, das aus sich selbst heraus eine Unterkommission bildet.

Alle Beschlüsse und Maßnahmen werden von diesem Komitee angeordnet und sind aufs strengste zu befolgen.

**Alle lebenswichtigen Betriebe arbeiten weiter**

und zwar zunächst die **Bäckereien, Fuhrgeschäfte**, welche Lebensmittel- und Kohlentransporte zu erledigen haben, **Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk.**

**Die Angestellten des Krankenhauses und der Lazarette legen die Arbeit nicht nieder.** Der Aktionsausschuss wird noch näher bezeichnen, welche Betriebe als lebenswichtig anzusehen sind.

**Alle Ladengeschäfte schließen, nur Lebensmittelgeschäfte bleiben geöffnet.** Die Behörden arbeiten weiter, um in der geregelten Durchführung namentlich der Lebensmittelversorgung keinerlei Störungen eintreten zu lassen.

Die Straßenbahn stellt Sonntag früh ihren Betrieb ein.

Der Streikbeschluss gilt auch für alle Druckereien; ausgenommen von dieser Verfügung ist der Betrieb der „**Brandenburger Zeitung**“. Alle Bekanntmachungen und Rundgebungen des Aktionskomitees erscheinen in der „**Brandenburger Zeitung**“.

Kapp-Putsch, 1920

sammlung.<sup>13</sup> Die Stelle des Oberbürgermeisters wurde ausgeschrieben. Am 11. März 1920 wählten die Stadtverordneten mit dem bereits als kommunalpolitisch befähigt ausgewiesenen Königsberger Stadtrat Walther Ausländer erstmals einen Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister. Noch vor dessen Amtseinführung am 27. Mai trat zum 1. April

Dr. Johann Caspari, ebenfalls Sozialdemokrat und Jurist, seinen Dienst als Stadtrat an. Die Stadtverordneten übertrugen ihm die Leitung des erst 1919 geschaffenen Wohlfahrtsamtes. Nach dem Ausscheiden des Bürgermeisters Dr. Ludwig Gepel aus städtischen Diensten wählten die Stadtverordneten Caspari zum Bürgermeister.<sup>14</sup>

In die Zeit des Wechsels an der Spitze der Stadtverwaltung fiel der Kapp-Putsch, eines der wenigen nationalen politischen Ereignisse, das sich auch in der Stadtverordnetenversammlung widerspiegelte. Im März 1920 versuchten reaktionäre Kräfte, durch einen Militärputsch die Reichsregierung zu stürzen. Ein Generalstreik, von der Regierung ausgerufen, legte die Wirtschaft und das Verkehrswesen fast in ganz Deutschland still. Die Ortsorganisationen der SPD, USPD und KPD bildeten einen gemeinsamen Aktionsausschuß mit vier Sozialdemokraten, drei Vertretern der USPD und zwei Kommunisten. Der Ausschuß proklamierte und organisierte den Generalstreik, sicherte aber auch die Arbeit der lebensnotwendigen kommunalen Einrichtungen, wie Krankenhaus, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk, und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Auf einer außerordentlichen Sitzung am 18. März nahmen die Stadtverordneten, nachdem die Fraktionen Erklärungen abgegeben hatten, eine EntschlieÙung an, in der gegen die Besetzung der Stadt durch Reichswehrtruppen protestiert wurde. In der EntschlieÙung erklärten die Stadtverordneten, daÙ sich die Bürgerschaft Brandenburgs „ganz auf den Boden der gesetzmäßigen Regierung gestellt hat“.

Die Unruhen entstanden durch die Besetzung der Druckerei der „Brandenburger Zeitung“, der Post und des Bahnhofes durch Brandenburger Reichswehrtruppen, entgegen dem gegebenen Versprechen zur Neutralität, in der Nacht vom 13. zum 14. März und durch den Einmarsch auswärtiger Truppen unter dem Kommando von Oberstleutnant von Viereck am 15. März. Die einrückenden Truppen gingen, aufgeputscht durch Gerüchte und Greuelmeldungen, brutal gegen die Bevölkerung der Stadt vor. Fünf Tote mußten die Brandenburger Einwohner beklagen. Erschossen wurde der Bäcker Walter Kaiser, an Schußverletzungen starben im Krankenhaus die Arbeiter Johann Kasek und Gustav Wozny. Ihren Schußverletzungen erlagen auch der Schüler Willy Lehmann und das Dienstmädchen Else Berger, als ein Offizier am Tag nach dem Einmarsch auf junge Leute schieÙen ließ, die sein Pferd umringten und ihm höhnische Bemerkungen zuriefen.<sup>15</sup>

Die konsequente Durchsetzung des Generalstreiks zwang die Putschisten zur Aufgabe. Am 21. März verließen die auswärtigen Truppen wieder die Stadt. Am gleichen Tag erklärte der Aktionsausschuß in einem Flugblatt den Generalstreik für beendet. Das Flugblatt schloß mit der Losung: „Hoch die Einigkeit des Proletariats!“<sup>16</sup>

### *Inflation und Konjunktur – die zwanziger Jahre*

Eine zunächst langsam fortschreitende Inflation führte nach immer schnellerer Geldentwertung 1923 zum finanziellen Zusammenbruch. Während die Industrieunternehmen die Inflation verhältnismäßig gut überstanden,<sup>17</sup> waren die Folgen für den Großteil der Bevölkerung verheerend. Viele verloren ihr Hab und Gut, ein soziales und dadurch auch politisches Chaos drohte. Der Oberbürgermeister Walther Ausländer beklagte in einem Bericht

über die „Kriegswunden“ besonders das Los der Jugend in dieser Zeit: „Besonders hart wurde die Jugend getroffen. [...] Tausende von Jugendlichen mit klaffenden Wunden, Tausende von jungen Körpern mit fressenden Schäden, an denen sie Zeit ihres Lebens zu tragen haben, Tausende auch von sittlich schwer Gefährdeten.“<sup>18</sup>

Für die Stadtverwaltung brachte die Inflation einen bisher nicht gekannten Arbeitsanfall. Der Oberbürgermeister beklagte im Verwaltungsbericht Verhältnisse, „die die Arbeitslast vornehmlich der in der Finanz- und Steuerverwaltung und in den städtischen Kassen (Stadthauptkasse, Sparkasse und Steuerkasse) beschäftigten Beamten und Angestellten bis aufs äußerste anspannten, ganz abgesehen davon, daß zur Leistung rein mechanischer Arbeiten, wie das Zählen der Geldscheine, eine erhebliche Vermehrung des Personals in den Kassen vorgenommen werden mußte“.<sup>19</sup> Trotz allen Einsatzes war das Ergebnis dieser Arbeit stets unbefriedigend, denn in der Zeit des Geldzählens war der Wertverfall weiter gegangen. Im November 1923 betrug der Kurs von einer Goldmark unvorstellbare 1 000 Milliarden Papiermark. Im Oktober 1923 verauslagte die Stadt 2,6 Billionen Mark Unterstützungsgelder für die Flüchtlingsfürsorge. Als die Hauptfürsorgestelle für das Flüchtlingswesen am 23. November diese verauslagte Summe erstattete, betrug der Goldwert 2,60 Mark. Der Preußische Staat wälzte die Lasten auf die Kommunen ab: Überweisungen geschahen grundsätzlich in Papiermark, und für die Rückerstattung verlangte er die Berücksichtigung der eingetretenen Abwertung.

Zur Beendigung der fast ins Unendliche gehenden Geldentwertung trug der Magistrat mit der Einführung von wertbeständigem Notgeld für die Stadt bei. Den Anstoß für diese Entscheidung gaben die Brennabor-Arbeiter, die am 24. Oktober 1923 die Zahlung des Lohnes in wertbeständigem Geld forderten. Die Arbeiter anderer Fabriken schlossen sich dieser Forderung an. Die Gewerkschaften und der Fabrikanten-Verein verlangten daraufhin vom Magistrat städtisches Notgeld. In den Nennwerten von 2,10; 0,60; 0,10; 0,05 und 0,01 Goldmark im Gesamtwert von etwa 1,2 Millionen Goldmark wurde das „Havel-Dollar“ genannte Brandenburger Notgeld in Umlauf gebracht. 2,10 Mark entsprachen einem halben Dollar.<sup>20</sup>

Oberbürgermeister Walther Ausländer setzte mit großer Energie, Urteilskraft und verzehrender Leidenschaft erfolgreich die Arbeit seines Vorgängers fort. Die Stadt verdankt seiner Amtszeit die lokale Überwindung der Inflation, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Bau der Steintorbrücke und der Luckenberger Brücke und Reformen im Schulwesen. Besondere Verdienste erwarb er sich bei der Durchsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses vom November 1923, am Marienberg einen kommunalen Friedhof zu schaffen, der weltliche Erd- und Feuerbestattungen ermöglichte. Diese Aufgabe wurde von den vielen konfessionslosen Arbeitern unterstützt. Das Krematorium konnte erst am 17. Oktober 1926, vier Monate nach dem Tod Walther Ausländers, eingeweiht werden. Die Beisetzung seiner Urne erfolgte am Einweihungstag an der Stele im Krematorium.

Mit der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. April 1924 endete die erste Wahlperiode in der Zeit der Weimarer Republik. Die Fraktion der SPD hatte sich mit der Vereinigung von SPD und USPD im September 1922 um die zwei USPD-Mandate auf 29

erhöht. Ihre führende Stellung schien unantastbar. Am 4. Mai 1924 traten die Bürger der Stadt Brandenburg – wie in allen Städten und Gemeinden Preußens – wieder an die Wahlurne, um das kommunale Parlament zu wählen. 88,5 Prozent der 36 205 wahlberechtigten Bürger nahmen ihr Wahlrecht wahr. Sie hatten 42 Stadtverordnete zu wählen. Nur vier Wahlvorschläge standen zur Auswahl: die SPD, erstmals die KPD, eine Liste der Staats- und kommunalen Polizeibeamten und eine Vereinigte Bürgerliste, auf die sich alle bürgerlichen Parteien geeinigt hatten.

Die bürgerlichen Parteien waren mit dieser Politik der Vereinigten Bürgerliste erfolgreich. Bei 44,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen stellten sie mit 19 Abgeordneten die stärkste Fraktion. Die SPD erreichte nur 16 Sitze. Die KPD mit sechs und die Polizeibeamten mit nur einem Abgeordneten vervollständigten das Stadtparlament. Das politische Kräfteverhältnis hatte sich damit wesentlich verändert. Als stärkste Fraktion erhielt die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft – diesen Namen gaben sich die auf der Bürgerliste gewählten Abgeordneten – die Funktion des Vorstehers der Stadtverordnetenversammlung, die der Fabrikant Walter Glomp übernahm.

Die Ortsgruppe der KPD, Anfang 1919 gegründet, blieb bis 1933 relativ klein. Der Unterbezirk, zu dem auch die umliegenden Gemeinden gehörten, hatte nur 200 bis 250 Mitglieder. Die Wahlergebnisse zeigen, daß der Einfluß auf die Brandenburger Arbeiter weit aus größer war. Die bekanntesten Funktionäre waren Paul Redlich, Max Herm und Albert Zappe. Letzterer gehörte als erster Kommunist seit dem 20. Oktober 1921 als Listennachfolger der SPD-Liste – zu diesem Zeitpunkt aber schon KPD-Mitglied – der Stadtverordnetenversammlung an.

Die Stadtverordneten der SPD und KPD hatten gemeinsam ein Übergewicht gegenüber den bürgerlichen Vertretern. Wie groß aber die Gegensätze zwischen den Arbeiterparteien waren, ist schon im Protokoll der ersten Sitzung nach der Wahl zu lesen: „Der Stadtverordnete Redlich (Kommunist) verliert eine lange Entschließung seiner Fraktion, in der unter beleidigenden Ausdrücken die bürgerliche wie auch die sozialdemokratische Politik verurteilt wird. Von beiden Fraktionen wird dagegen Verwahrung eingelegt.“<sup>21</sup> Ab Ende 1925 gab es dann verstärkte Bemühungen der kommunistischen Fraktion zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der SPD. Die Anträge der Kommunisten wurden konkreter und realistischer und boten damit eine Grundlage für die SPD zu einem gemeinsamen Handeln in Einzelfragen. Erstmals geschah das bei der Wahl des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung am 14. Januar 1926. Mit den Stimmen der SPD und KPD übernahm Otto Sidow wieder den Vorsitz, der Kommunist Paul Redlich wurde sein Stellvertreter. Die Abgeordneten beider Fraktionen beschloßen am 24. Juni 1926 gegen die Stimmen der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft den Bau einer massiven Brücke zwischen der Linien- und der Hausmannstraße, die eine kürzere Verbindung zwischen den Arbeiterwohnvierteln um die Linienstraße und in der Wilhelmsdorfer Vorstadt zum Hauptbahnhof, zum Bahnhof der Städtebahn und zu den Brennaborwerken brachte. Außerdem wurden mit dem Bau Arbeitsplätze gesichert.

Auch in den Jahren nach der Inflation hatte die Stadt sehr häufig soziale Probleme, die sich aus der wirtschaftlichen Situation der Brandenburger Betriebe ergaben. Wurden die